

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

208 · Februar 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

aus dem Inhalt

VorSatz 99

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

JOHN P. NEELSEN

Landwirtschaft und Ernährung – Stundenglas der
kapitalistischen Produktionsweise 115

JOCHEN WEICHOLD

Quo vadis, Grüne?
7 Thesen zur Entwicklung der Grünen 158

Standorte

JAN KORTE

Unrecht kennt keinen Verrat.
Die Debatte um den Kriegsverrat 168

VorSatz

Am 1. Februar 1933 ließ die traditionsreiche württembergische SPD alle ihre Anhänger aufmarschieren. Um gegen die Machtübergabe an Hitler, Papen und Hugenberg zu protestieren, war die Stuttgarter Innenstadt mit Menschen, Fahnen und Plakaten zum Bersten gefüllt worden. Das war eindrucksvoll – wie an anderen Orten des Reiches nicht minder. Die KPD-Führung hatte ähnliches sogar schon einige Tage zuvor veranstaltet. Am 25. Januar waren 130 000 Demonstranten an Ernst Thälmann und Genossen vorbeigezogen.

Und dann? Dann war nichts. Im Sommer 1933 gab es nicht nur keine Arbeiterparteien und keine Gewerkschaften, ja überhaupt keine Arbeiterbewegung mehr, es waren auch alle anderen Parteien aufgelöst. Bis auf die NSDAP (und – bis 1934 – den Stahlhelm) hatte jede organisierte politische Bewegung ihr Leben ausgehaucht.

Wie ein Kartenhaus war diese Weimarer Republik in sich zusammengerutscht. Die Eliten in Wirtschaft und Militär – ohnehin republikfeindlich bis ins Knochenmark – hatten sich spätestens 1932 für einen faschistischen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise entschieden und waren ein Bündnis mit der erfolgreichsten antidemokratischen Massenbewegung eingegangen: dem Nationalsozialismus.

Gemessen an Bismarcks zwölfjährigem verbissenen, doch letztlich erfolglosen Kampf gegen die lächerlich kleine Sozialdemokratie hatten den Nazis ein paar Fußtritte gereicht. Offenbar waren Rosa Luxemburgs Phantasien, daß die Organisation die Bewegung der Klasse erstickt, weil sie nicht mehr Ausdruck dieser Bewegung, sondern zu einem leerlaufenden Apparat verkommen war, Wirklichkeit geworden. SPD und KPD hatten die deutsche Arbeiterschaft in die Erstarung organisiert und obendrein in der Stunde der Gefahr durch großmüßige Unfähigkeit jämmerlich verraten.

Nach einem ungeheuren Zuwachs waren nach der Novemberrevolution in den proletarischen Organisationen die selbstbewußten sozialdemokratischen Arbeiter des Kaiserreichs in die Minderheit geraten: Die einst unorganisierten proletarisierten Untertanen der Hohenzollern suchten sich in den Gewerkschafts-, SPD- und KPD-Führern neue Alpha-Tiere, denen sie – wie schon 1918 dem Kaiser – 1932/33 bis in den Untergang folgen sollten.

1944/45 wiederholte sich dieser Vorgang abermals. Erst dann hatten selbst die deutschen Untertanen proletarischer Daseinsform von Politikern die Nase voll. Die Nachkriegsgeschichte ist hinreichend bekannt und muß hier nicht erneut aufgerufen werden. Der Sieger hieß im Detail und in der Gesamtsumme Konrad Adenauer.

Bleiben wir lieber noch einen Moment bei Rosa Luxemburg. Sie hatte die politische Partei in der Tradition der französischen Aufklärung gesehen. So wie die Aufklärer einst im französischen Bürgertum den Willen zur Freiheit und damit den Willen zur Macht unbezwingbar gemacht hatten, wollte sie dem internationalen Proletariat helfen, einen Willen zur Freiheit zu entwickeln, der sich durch nichts mehr brechen ließ. Dafür hielt sie eine Partei für nütze.

Nach Rosa Luxemburgs Ermordung war jedoch die Arbeiterschaft in einen Zangengriff geraten. Die eine Greifbacke bildete die regierungsgeile Bürokratie der SPD, die andere die fremdfinanzierte radikalverbale Bürokratie der KPD. Beide legten jede eigenständige Bewegung mit der ständig repetierten Drohung lahm, daß die Führer durch eigenständige Bewegungen lediglich in ihrer an Weisheit nicht zu übertreffenen Politik gehindert würden. Denn die Organisatoren waren es seit langem leid gewesen, sich ständig von der Basis »naßmachen« zu lassen, und hatten sich deshalb ins Trockene ihrer Büros mit den vielen Telefonen geflüchtet.

Bis es keine eigenständige Bewegung mehr gab, die die Organisationen hätte tragen können, und die Nazis ihre gelähmten Gegner in die Illegalität abdrängen und dann wie Freiwild jagen konnten. Das begann mit dem Reichstagsbrand am 27. Februar vor 75 Jahren.

Um Legenden vorzubeugen: Das wäre natürlich auch alles so geschehen, wenn Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 nicht aus der Mannheimer Straße 27 verschleppt worden wäre. Gegen Bürokratien hat ein einzelner keine Chance, selbst wenn sie untergehen.

Doch es erstarb an diesem 27. Februar nicht nur die Arbeiterbewegung, es verglommen in Deutschland auch die Reste des liberalen Bürgertums. Anders als die Arbeiterbewegung war es in Deutschland nie stark gewesen. Das Gros des deutschen Bürgertums – ohnehin verängstigt von der Jakobinerherrschaft 1793 – hatte spätestens 1848 die Kapitulation dem entschlossenen Zugriff vorgezogen. Es verblieb nur ein kleiner Rest, dessen Wortführer und von Bismarck mehr als die Sozialdemokraten gefürchteter Gegenspieler ein früh verstorbener Jude aus dem Osten des Reiches wurde: Eduard Lasker.

Seine Nachfolger hatten Namen wie Albert Einstein, Samuel Fischer, Else Lasker-Schüler, Siegfried Jacobsohn, Walther Rathenau, Kurt Tucholsky, Kurt Hiller, Hans Mayer, Ossip K. Flechtheim ... Sprößlinge des assimilierten deutsch-jüdischen Bürgertums. Das hatte etwas, was das deutsch-christliche Bürgertum nicht hatte: die Erfahrung einer bestandenen Emanzipation – vom Ghettojuden zum selbstbewußten Bürger.

In diesem Punkt stand das deutsch-jüdische Bürgertum dem französischen Citoyen näher als dem deutsch-christlich-(klein-)bürgerlichen Untertan. Mit seiner Austreibung ins Exil und seiner Ermordung in Auschwitz und anderswo wurde ein wichtiger Quell für Kultur und Geist in Deutschland dauerhaft zugeschüttet.

Nach dem Untergang von Arbeiterbewegung und liberalem Bürgertum geriet Deutschland zum Land der Mediokren, auf das aber bis 1990 die Sieger des Zweiten Weltkriegs aufpaßten. Seitdem haben wir hier nur noch Aufstieg erlebt – zum Hindukusch und im Har(t)z. Gelernt haben wir nichts, aber das mit aller Kraft.

JÖRN SCHÜTRUMPF

JOHN P. NEELSEN

Landwirtschaft und Ernährung – Stundenglas der kapitalistischen Produktionsweise

»... dann fangen wir wieder von vorne an!«

Theodor Bergmann

Die Landwirtschaft ein zu Unrecht vernachlässigter Sektor – Der Untersuchungshorizont

Wären da nicht die angelegentlichen medienwirksamen Traktorblockaden oder die öffentliche Vernichtung von Obst und Gemüse aufgebrachter Landwirte als Protest gegen zu niedrige Erzeugerpreise, Probleme der Landwirtschaft, die weniger als 5 Prozent zum Bruttosozialprodukt und zur Beschäftigung in den Ländern der Triade repräsentiert, machten kaum Schlagzeilen. Und auch die jüngst vermehrt auftretenden Seuchen wie Rinderwahn, Schweinepest oder SARC führen nur vorübergehend zu Änderungen im Verbraucherverhalten, lenken aber – anders als die um sich greifende Fettleibigkeit – nicht das Augenmerk einer an einen Überfluß billigen saisonunabhängigen Nahrungsmittelangebots gewöhnten Öffentlichkeit auf Art und Weise ihrer Produktion.

Völlig zu Unrecht. An der Entwicklung der Landwirtschaft läßt sich unmittelbar der Zustand der Gesellschaftsordnung insgesamt ablesen. Den Problemhorizont und die alles andere als marginale Bedeutung des Agrarsektors umreißen bereits erste globale Daten.

1. 55-60 Prozent der Weltbevölkerung von über 6 Milliarden leben auf dem Land. 45 Prozent der weltweit Erwerbstätigen, nämlich 1,3 Milliarden, sind Bauern; einschließlich ihrer Familien kann man von einer Gesamtzahl von 2,7 Milliarden Menschen ausgehen.

2. Weltweit hungern 854 Millionen, davon 820 Millionen in der Dritten Welt. Täglich sterben 80 000 Menschen weltweit an den Folgen des Hungers, mehr als in jedem noch so blutigen Krieg. Statt sich dem Ziel des Welternährungsgipfels in Rom 1996, die Zahl der weltweit Hungernden bis 2015 zu halbieren, zu nähern, hat sich die Zahl derjenigen, die mit täglich weniger als 1 900 Kalorien leben müssen, erhöht.¹

3. Hunger ist kein Ausdruck eines absoluten Mangels an Lebensmitteln. Im Gegenteil: Trotz eines Bevölkerungswachstums um das Eineinhalbfache konnte seit 1950 die weltweite Nahrungsmittelproduktion pro Kopf von 2 400 auf 2 700 erhöht werden.

4. Obleich augenfällig in den Städten leben 80 Prozent der Hungernden auf dem Land. Sie sind gerade unter denen zu finden, die direkt mit der Nahrungsmittelproduktion befaßt sind: über die Hälfte sind marginalisierte und verarmte Landarbeiter, »Zwergbauern« und

John P. Neelsen – Jg. 1943, Prof. Dr.; Soziologe, Universität Tübingen. Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung; wissenschaftlicher Beirat ATTAC Deutschland; wissenschaftlicher Beirat Centre Mondial de la Paix, des Libertés et des Droits de l'Homme, Verdun/Frankreich. Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungssoziologie; Nord-Süd-Beziehungen; Politische Ökonomie, Globalisierung; Indien und Sri Lanka (5 Jahre Feld- und Forschungsaufenthalt in Süd-Asien). Jüngste Veröffentlichung: *Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation-Building and Fragmentation*, 420 S., Manohar, Delhi 2007. Editors: John P. Neelsen and Dipak Malik.

1 Dabei gibt es große regionale Unterschiede: Erfolge wurden vor allem in

China, Fortschritte auch in Indien verzeichnet. Dagegen wächst die Zahl der unzureichend Ernährten im Vorderen Orient und besonders in Afrika (dort jährlich um 1 Million). Vgl. Paasch 2006, S. 1196; FAO, Welt-ernährungsbericht 2006, Rom 2006; Le Monde, Les Clefs de l'Info, No.359, Dezember 2006.

2 World Development Report 2006, S. 296 f. Diese Zahlen beziehen sich auf den Primärsektor, d. h. schließen auch Fischfang und Forstwirtschaft ein. Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich große nationale und regionale Unterschiede: so liegt der Beitrag des Primärsektors zum BIP in 18 Ländern des sub-saharischen Afrika mit einem Drittel bis zu 60 Prozent weit darüber.

kleine Pächter; zudem hat Hunger ein Geschlecht: es sind vor allem Frauen.

5. Über den internationalen Handel, in den zehn Prozent der weltweit produzierten Agrargüter eingehen, werden ganz unterschiedliche Produktionsbedingungen miteinander verglichen. Die Preise sind seit 1960 um vier Fünftel gesunken und mit ihnen die Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel in den Industrieländern (15-20 Prozent). Gleichzeitig werden in der Triade über 365 Milliarden \$ jährlich an Agrarsubventionen gezahlt, d. h. ein Mehrfaches an Entwicklungshilfe. Ihre Streichung wird seit langem gefordert, da sie nicht nur eine weitere Liberalisierung der Welthandelsordnung (WTO) blockieren, sondern die Exportchancen der Dritten Welt behindern und gerade die Kleinbauern in den ärmsten Ländern ruinieren.

6. Selbst in den ärmsten Entwicklungsländern trägt der Agrarsektor durchschnittlich allenfalls ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei, in dem zugleich bis zu zwei Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigt sind.² Dies Mißverhältnis verweist auf eine vergleichsweise unproduktive Landwirtschaft bzw. ausgeprägte landwirtschaftliche Überbevölkerung. Es ist ein Indikator für Armut und Unterentwicklung, der die eingeschlagene Entwicklungsstrategie, wenn nicht das ganze Entwicklungsmodell in Frage stellt.

Auf diesem Hintergrund werden folgende Hypothesen formuliert:

(1) Landwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftsbereich unter anderen; daneben umfaßt sie eine soziale und ökologische Dimension. Art und Weise des Zugangs und der Nutzung des Landes reflektieren auf den Umgang mit der Natur und die lokale Gesellschaftsordnung.

(2) Unterernährung ist weniger eine Frage der Verteilung als systemisch bedingt. Anders als bei industriellen Gütern und Dienstleistungen unterminieren die Prinzipien des freien Marktes und die Regeln der neoliberalen Globalisierung das Menschenrecht auf Ernährungssicherheit. Eine Streichung der Agrarsubventionen in den Ländern der Triade würde internationale Handelsströme und Gewinne neu verteilen, aber die Grundproblematik von Hunger und Naturgefährdung nicht berühren.

(3) Die Durchsetzung des Kapitalismus im Agrarsektor erscheint einerseits als ein *andauernder* Prozeß *ursprünglicher* Akkumulation; andererseits als ein Verharren auf der Stufe der kleinen Warenproduktion. In der Substanz geraten die formal selbständigen Produzenten jedoch in die Abhängigkeit von transnationalen Konzernen, die die *vor- und nachgelagerten* Prozesse der Nahrungsmittelherstellung beherrschen. Dabei spielt die wissenschaftlich vermittelte privatwirtschaftliche Aneignung der *lebendigen* Arbeitsgegenstände, Saatgut und Tier, eine wachsende Rolle.

(4) Mehr als in anderen Bereichen zeigt sich an der Entwicklung der Agrarwirtschaft und des Nahrungsmittelsektors insgesamt die Destruktivität der kapitalistischen Produktionsweise, selbst dort, wo sie – wie bei den Produktivitätsgewinnen – progressiv zu sein scheint. Der systemische Widerspruch zwischen produktivistischer Landwirtschaft und weltweiter Ernährungssicherheit im Verein mit dauerhafter Entwicklung läßt sich nur jenseits eines privatwirtschaftlichen Markt-systems lösen.

(5) Die heutigen Metropolen als urban-industrielle Gesellschaften mit absolut marginalem Primärsektor sind im Rahmen eines universalen Kapitalismus entstanden und historisch einmalig; sie stellen kein Modell für die Dritte Welt dar. Der ländliche Raum wird als Erwerbs- und Lebensraum mit gleichwertigen Chancen und Qualitäten für Milliarden von Menschen neu erfunden werden müssen.

(6) Die sich formierende Opposition der unmittelbar Betroffenen ist sehr heterogen und schwach. Sie bedarf der politischen Unterstützung durch weitere anti-kapitalistische Bewegungen und Organisationen. Wo die materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen ebenso wie der individuellen Reproduktion auf Dauer in Frage gestellt sind, ist eine konzeptuelle und politische Repositionierung der auf formal kapitalistische Produktionsverhältnisse im außeragrari-schen Sektor (Industrie, Arbeiterschaft/Proletariat) fixierten marxistischen Linken angesagt.

Transformation der Produktionsverhältnisse – Technische Revolutionen und Disparitäten

1. Global wurden seit dem Zweiten Weltkrieg in der Landwirtschaft weit größere Produktivitätssteigerungen erzielt als in den anderen Wirtschaftssektoren. Gleichzeitig haben sich die Disparitäten im Vergleich zwischen Nationen und, mehr noch, zwischen den Agrarbetrieben verschärft. Frankreich mit seinem nach wie vor bedeutsamen Agrarsektor belegt anschaulich diese Entwicklung. Produzierte zwischen 1700 und 1850 eine ländliche Arbeitskraft einen Ernteüberschuß für weitere 1,5 Personen, verdreifachte sich diese Zahl im Gefolge der industriellen Revolution und der Entwicklung des Kunstdüngers bis 1910. Weitere Produktivitätsgewinne erlaubten die Ernährung von insgesamt fünf Personen um die Mitte des 20. Jahrhunderts, um dank neuer agrartechnischer Revolutionen nach dem Zweiten Weltkrieg auf 12 empor zu schnellen. Dabei belegt Frankreich im synchronen Vergleich nur einen Platz im Mittelfeld; denn in Rußland ernährt ein Landwirt heute nur vier, in den USA dagegen 31 weitere Personen.³

2. Im Rahmen dieser Produktivitätssteigerungen hat sich der für den Kapitalismus typische Konzentrationsprozeß noch beschleunigt.⁴ So lassen sich für Frankreich seit den Römischen Verträgen von 1955 mit der Gemeinsamen Agrarpolitik als Kern folgende Trends herauschälen:

- Eine Reduzierung der Höfe um 70 Prozent von 2,3 Millionen (1955) auf 664 000 (2000), wovon besonders die Klein- (10-35 ha) und Kleinstbetriebe (weniger als 10 ha)⁵ betroffen waren.

- Die durchschnittliche Betriebsfläche verdreifachte sich von 15 auf 45 ha (während zur selben Zeit die Gesamtanbaufläche um 10 Prozent vermindert wurde). Diesem Prozeß parallel lief ein Prozeß der Polarisierung: Die Bauernhöfe unter 50 ha stellen zwar die große Mehrheit (70 Prozent), decken aber bei einer Durchschnittsgröße von 7,5 ha nur 12 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ab, während umgekehrt die 12 Prozent der Betriebe der Kategorie über 100 ha (Durchschnitt 163 ha) 46 Prozent des Ackerlands kultivieren.

- Nur 11 Prozent der insgesamt 1,3 Millionen landwirtschaftlichen Erwerbstätigen sind angestellte Lohnarbeiter. Die meisten Höfe ope-

3 Vgl. zu den Zahlenangaben: Frémy, Quid 2004, S. 1691.

4 Vgl. ebenda, S. 1722 ff.

5 So wurden vier Fünftel der Höfe unter 10 ha aufgegeben. Frémy, 2004, S. 1728.

rieren als Familienbetriebe; wobei auch nur noch die Hälfte als Voll-erwerbslandwirtschaft geführt werden kann.

Mit anderen Worten, ein halbes Jahrhundert EU Agrarpolitik mit Interventionspreisen, Abnahmegarantien, Quotenregelungen und Exportsubventionen hat drastische quantitative Erfolge, begleitet von einem dramatischen Prozeß des Bauernsterbens gezeitigt. Verminderung der Höfe, gepaart mit Flächenkonzentration und einer ausgeprägten Größendichotomisierung sowie einer spürbaren Verringerung der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft charakterisiert die Entwicklung. Dabei wird die überwiegende Mehrheit der verbliebenen Höfe als Familienbetrieb und im Nebenerwerb gemanagt. Ganz im Gegensatz zu ihrem ökonomischen Gewicht sind Großbetriebe mit Landarbeitern eher selten. Zumindest *formal* haben sich demnach vorkapitalistische Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft weitgehend erhalten.

3. Drei Revolutionen sind für die Produktionssteigerungen bei den Nahrungsmitteln und den Wandel in den Eigentumsverhältnissen verantwortlich, die zunächst alle die Betriebsmittel betreffen. Es handelt sich um:

- Die Mechanisierung bzw. Motorisierung bei der Bodenbearbeitung.
- Die Verwendung anorganischen (chemischen) Düngers, gefolgt von Pestiziden und Fungiziden.
- Wandel beim Saatgut, angefangen bei den Hohertragsorten (Grüne Revolution) der 1960er und 1970er Jahre bis zu gentechnologisch veränderten Sorten heute.

Diese technischen Umwälzungen bei den Betriebsmitteln sind integraler Bestandteil eines umfassenden Prozesses der sozial-ökonomischen Transformation der Landwirtschaft. Dabei geht es zunächst und grundsätzlich um den Übergang von der Subsistenz- zur Marktproduktion. Dies hat zuerst eine von Markt- und Konkurrenzbedingungen diktierte Spezialisierung in der Produktion zur Folge. Mit der wachsenden Bedeutung des Welthandels geht diese in eine internationale Arbeitsteilung über, die sich über die Exportorientierung bei den Gütern hinaus auf Standort, Betriebsgröße und Methoden der Produktion auswirkt (Stichworte sind Agrarfabriken, industrielle Landwirtschaft).

Über Marktmechanismen von Preis und Effizienz universalisiert, wird die Verwendung der modernen Betriebsmittel zur Überlebensfrage. Ihre Nutzung ist besonders kapitalintensiv. So belaufen sich die Investitionskosten eines mechanisierten Betriebs auf 300 000 \$ pro Beschäftigtem. Ein mit Zugtieren arbeitender und Hohertragsorten (Grüne Revolution) nutzender Hof muß dagegen mit Betriebsmitteln von 10 000 \$ pro Beschäftigtem rechnen, während arme Bauern ohne Zugtiere auf Investitionen von jährlich 100 \$ kommen.⁶ Die Höhe der *Ausrüstungsinvestitionen* tritt damit als zentrales Kriterium neben das traditionelle Merkmal des Umfangs der Nutzungsfläche zur Kategorisierung eines landwirtschaftlichen Betriebes und letztlich der Klassenzugehörigkeit des Eigentümers. Sie sind mit erheblichen Unterschieden im *Produktionsertrag* pro Arbeitskraft verbunden. Betrogen die Ertragsdifferenzen 1940 noch 10:1, erreichen sie heute ein Niveau von 2000:1.

6 Vgl. Alternatives Sud, Question Agraire, p. 11 f.

4. Wie am Beispiel Frankreich illustriert, haben sich auch global je nach Grad der Anwendung moderner Produktionsmittel die insgesamt rund 1,3 Milliarden landwirtschaftliche Betriebe stark ausdifferenziert.⁷ Vier Gruppen werden unterschieden:

- Einige zehn Millionen mit modernsten Mitteln ausgestattete und teilweise mit Lohnarbeit operierende Großbetriebe erzielen pro Arbeitskraft Erträge von 2000 t Getreide pro Jahr. Kaum 3 Prozent der globalen Agrarbevölkerung gehören in diese Kategorie von Großfarmen, Latifundien und vom Agrobusiness gemanagte Betriebe, die vor allem in Nordamerika, Europa, (inklusive Ukraine), Australien und dem Süden Lateinamerikas zu finden sind und auf die ein Großteil der weltweit nur 28 Millionen Traktoren entfallen dürften.

- Etwa 380 Millionen oder knapp 30 Prozent aller Höfe verfügen zwar nur über Zugtiere, aber können sich die Errungenschaften der Grünen Revolution, inklusive Düngemittel und Pestizide leisten. Bis zu 5 Hektar Land mit einem Ertrag von bis zu 50 t/ha pro Arbeitskraft lassen sich damit bebauen, bei künstlicher Bewässerung zwei Ernten (100 t/ha) erzielen.

- Rund 35 Prozent der globalen Bauernschaft können nurmehr 100 \$ an Betriebsmitteln investieren, verwenden zwar auch Hohertragsorten, verfügen aber lediglich über manuelle Geräte und keine Zugtiere, so daß eine Arbeitskraft kaum mehr als einen Hektar unter den Pflug nehmen kann. Dabei läßt sich mit einer Bruttogetreideernte von 10 t jährlich, bei Zugang zu künstlicher Bewässerung mit dem doppelten Ertrag bei zwei Ernten rechnen.

- Die Ärmsten, deren Zahl auf 450 Millionen oder 37 Prozent aller Bauern geschätzt wird, können sich keine Hohertragsorten leisten, verfügen über keine Zugtiere, weder Mineraldünger noch Pestizide etc. und hängen ganz von den Wetter- und Bodenbedingungen ab. Diese zusammen mit ihren Haushalten mehr als eine Milliarde Menschen überlebt mit einem Ernteertrag von 1 t/ha pro Arbeitskraft bei Regenfeldbau mehr schlecht als recht von ihrer Landwirtschaft.

Zusammengefaßt: Die mit der Mechanisierung und Verwissenschaftlichung der Nahrungsmittelproduktion einhergehenden Produktionssteigerungen stehen ursächlich mit dem Wandel hin zu Großbetrieben und dem Einsatz kapitalintensiver Betriebsmittel in Zusammenhang. Sie implizieren zum einen eine systematische Reduzierung der *notwendigen* landwirtschaftlichen Arbeitsplätze; zum anderen die abnehmende Bedeutung des bloßen Grundeigentums zugunsten moderner, kostenintensiver Betriebsmittel.⁸ Nur eine verschwindende Minderheit verfügt über sie, bestimmt aber in entscheidendem Maße die Produktionsbedingungen und Marktverhältnisse. Mindestens zwei Drittel der weltweiten Bauernschaft sind eher Opfer des internationalisierten Agrarmarktes, verstrickt in einer Spirale der strukturellen Verarmung. Schon bei weit geringeren Produktivitätsunterschieden wären sie in allen anderen Wirtschaftssektoren längst bankrott gegangen. So aber hängen sie aus offenkundigem Mangel an Einkommensalternativen an ihrer Scholle, eingebunden in einen Teufelskreis aus Überarbeitung, Unterkonsumtion und Überausbeutung des Bodens. Die eingangs genannten Daten zum Mißverhältnis im Agrarsektor zwischen Beitrag zum BNP und Anteil an Erwerbstätigen (Überbevölkerung) finden hier ihre Erklärung.⁹

7 Vgl. ebenda, p. 10 ff.

8 Damit wird die Bedeutung von Forderungen nach Landreform, insoweit sie sich auf bloße Änderung der Eigentumsverhältnisse des Typus »land to the tiller« beschränken, als Lösung der Agrar- und Ernährungsfrage relativiert. Ähnliches gilt für die seinerzeit revolutionäre Landreform in China, die jeder auf dem Land lebenden Familie ein Stück Land zur eigenen Bebauung zuwies.

9 Vgl. auch K. Marx: The Indian Question – The Irish Tenant Right, in: K. Marx, F. Engels: On Colonialism, S. 55 ff., Moscow, Progress Publishers.

Formen der Aneignung – Oligopsonie oder im Griff der Multis

Auf der Ebene der unmittelbaren Produzenten bleiben trotz fortschreitender Konzentration bei der Betriebsgröße und steigender Investitionskosten *vorkapitalistische* Produktionsverhältnisse zumindest *formal* weiterhin vorherrschend, mögen sich auch *real* der hoch mechanisierte profitorientierte Eigentümerlandwirt und der nur mit Handgeräten ausgestattete, um sein bloßes Überleben kämpfende Bauer als Anbieter auf demselben kapitalistischen Markt wiederfinden. Eigentümlich für den Agrarsektor geht die steigende Produktivität im Bereich der Arbeitsmittel (Mechanisierung) mit einer schrumpfenden Nachfrage nach Arbeitskraft sowohl beim einzelnen Betrieb wie in dem Wirtschaftssektor insgesamt einher. Die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse manifestiert sich weniger durch erhöhte Ausbeutung qua zunehmender Lohnarbeiter, sondern einerseits durch steigende Renten, sei es in Form der absoluten Grundrente bzw. heute besonders der Differentialrente II,¹⁰ als durch die wachsende Abhängigkeit der Bauern und Farmer von den der unmittelbaren Produktion *vorgelagerten* Herstellern von Betriebsmitteln ebenso wie den *nachgelagerten* Prozeß der Distribution beherrschenden Abnehmern. Die These lautet: daß der Bauer/Landwirt typischerweise nurmehr *formal* selbständiger Eigentümer ist, faktisch aber durch die marktbeherrschenden Monopole auf dem Betriebsmittel- wie dem Absatzmarkt seines Gewinns beraubt wird.

1. So gelangen zwar weniger als 10 Prozent der globalen Getreideernte auf den internationalen Markt, doch werden 80 Prozent der Agrarexporte aus der Dritten Welt durch Multis abgewickelt, von denen nur sechs 85 Prozent des Weltgetreidehandels kontrollieren. Mehr noch, seit 1960 wurde der Handel mit Agrargütern mengenmäßig verdoppelt, sein Anteil am globalen Warenaustausch aber verringerte sich von 25 auf 10 Prozent (550 Milliarden \$). Darin spiegelt sich zum einen das schnellere Wachstum nicht-agrarischer Ausfuhren, zugleich aber auch langfristig fallende terms of trade. Verschärfte Konkurrenz unter den Anbietern, wenig diversifiziertes Warensortiment, steigende Volumina und geringer Verarbeitungsgrad haben bei den von Primärexporten abhängigen Ländern der Dritten Welt zu einem drastischen Preisverfall geführt. Die realen Preise sind auf ein Fünftel ihres früheren Werts gesunken.¹¹ Den Befürwortern des Freihandels als panacea zur Hungerbekämpfung muß entgegen gehalten werden, daß gerade die Länder des Südens mit hoher Exportquote am BNP und hohem Primärgüteranteil bei den Erwerbstätigen wie beim Bruttosozialprodukt zugleich auch die höchste Armen- und Hungerquote aufweisen. Anders, Freihandel verarmt die armen Länder zuerst zugunsten der Handelskonzerne und dann zugunsten der Endverbraucher auf den – typischerweise – metropolitanen Absatzmärkten.

2. Ähnlich extreme Konzentrationserscheinungen gibt es bei den Saatgutfirmen, die als »Life-Science-Unternehmen« fungierend, den Chemie- und Pharmamarkt, einschließlich Düngemittel, Herbizide und Pestizide sowie Antibiotika, dominieren. (Monsanto, Bayer, Cargill, Novartis, etc.). Hat der Landwirt glücklich seine Ernte eingebracht, sieht er sich erneut einem Kartell, diesmal bei den Abnehmern gegenüber, sei es in Gestalt der Einkaufszentralen der Super-

10 Die absolute Grundrente fällt dem Eigentümer qua reinem Eigentumstitel zu; die Differentialrente I bezieht sich auf die Unterschiede in der Bodenfruchtbarkeit; die Differentialrente II auf die erhöhten Erträge im Zuge von Investitionen in Betriebsmittel (Dünger, Saatgut – Hohertragsarten – etc.). Vgl. dazu K. Marx: Das Kapital III, MEW, Bd. 25, 6. Abschnitt, S. 627 ff.

11 Amin 2003, S. 36 f.

marktketten, wie Wal-Mart, Metro, Spar, Carrefour, etc., sei es in Gestalt der Fast-Food-Ketten, wie McDonalds, Burger King, Kentucky Fried Chicken, etc. Konfrontiert mit solcher Verhandlungsmacht ist die Organisations- und Sanktionsfähigkeit der unmittelbaren Produzenten gering!

3. *Captive supplies*: Der Aufstieg von Fast-Food-Ketten und Self-Service-Restaurants mit ihrer weltweit identischen, auf ein Minimum reduzierten Palette von Schnellgerichten für täglich Hunderte von Millionen Konsumenten ist kaum eine Generation her und hat doch Ernährungsgewohnheiten und mit ihnen die landwirtschaftliche Produktion tiefgreifend verändert.¹² Auch hier sind die USA Vorreiter, so daß die dortige Entwicklung als typisch gelten kann. Gaben US-Amerikaner 1970 lediglich 6 Milliarden \$ für Fast-Food aus, waren es 2000 bereits 110 Milliarden, d. h. mehr als für Kino, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Videos und Musikkassetten zusammen oder mehr als für die Anschaffung von neuen Autos.¹³ Mit ihrer täglichen millionenfachen Kundschaft für Hamburger, Pommes frites und chicken nuggets sind die Ketten auf die zeitige Lieferung großer Mengen von Rind- und Hühnerfleisch wie Kartoffeln in immer gleicher Konsistenz angewiesen. So ist McDonalds der weltgrößte Einkäufer von Rindfleisch, in den USA von Fleisch überhaupt; und das will etwas heißen in dem Land mit dem weltweit höchsten Fleischkonsum pro Kopf von jährlich 122 kg.¹⁴ Wurden die rund 2500 McDonalds Restaurants in den USA 1968 noch von 175 lokalen Lieferanten mit Rindfleisch versorgt, sind es heute bei etwa 15000 nur noch fünf! Damit wird Licht auf einen Konzentrationsprozeß sowohl bei den Viehzüchtern wie vor allem bei den Zulieferern geworfen. Erzielten die vier größten Fleischverarbeitungsbetriebe 1970 einen Marktanteil von gerade einmal 21 Prozent, decken Con-Agra, IBP (Iowa Beef Processors), Excel und National Beef heute 84 Prozent ab. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der unabhängigen Rinderzüchter um rund 40 Prozent auf 800000. Allerdings kommen viele nur dann einigermaßen über die Runden, wenn sie einen Nebenjob finden. Denn während die Durchschnittsherden inzwischen 300-400 Tiere umfassen, erodieren die Erlöse; erhielten die Züchter 1980 von jedem für den Kauf von Rindfleisch ausgegebenen Dollar 63 Cents, sind es heute weniger als 45. Mögen so die Cow-boys mehr und mehr zur reinen Folklore werden, ganz verschwinden werden sie wohl nicht, denn die Konzerne der Fleischverarbeitung haben wenig Interesse, die Aufzucht der Tiere ganz in eigene Regie zu übernehmen, denn das bedeutet hohe allgemeine Unkosten, vor allem hohe Kapitalanlagen in Bodeneigentum und eben Risiko. Das halbe Dutzend Verarbeiter sitzt am längeren Hebel, kontrolliert den Markt, hat die Züchter an der Gurgel.¹⁵ Ähnliche Konzentrationsprozesse im Verbund mit immer geringeren Produzentenerlösen lassen sich bei Geflügel- und Schweinezüchtern bzw. den Verarbeitern feststellen.¹⁶ Das Gleiche gilt für die Kartoffelbauern bzw. Pommes Hersteller. Auch hier hat sich eine *Oligopsonie*, in der eine kleine Zahl von Aufkäufern eine große Zahl von Verkäufern bzw. Produzenten beherrscht, herausgebildet.¹⁷

4. Die geringe Zahl von Abnehmern fördert die Konzentration im Verbund mit Massenproduktion bei den Produzenten. Sie stimuliert

12 Die McDonalds Brüder eröffneten das erste Drive-In Restaurant 1937; aber das heutige Markenzeichen: kein Geschirr, nur Plastik/Papier, Minimalmenü Hamburger/Cheeseburger, wurde 1948 eingeführt; 1960 gab es 250, 1973 bereits 3000 solcher Restaurants. Ausgehend von den USA kann man solche Schnellgerichte weltweit in 32000 Filialen in 118 Ländern zu sich nehmen. Als einziges weltweit identisches Produkt sind sie zum »Weltgeld« geworden, an dem sich Produktivität und Kaufkraft international vergleichen lassen. Neben McDonalds sind eine Reihe weiterer Ketten getreten wie Pizza Hut, Burger King, Kentucky Fried Chicken. Vgl. zu dem ganzen Komplex das hervorragende Buch von Dirk Schlosser, *Fast Food Nation*, 2001.

13 2002 zählte McDonalds 1,5 Millionen meist jugendliche Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 36 Milliarden Euro. Vgl. Klaus Werner, Hans Weiss: *Das neue Schwarzbuch, Markenfirmen*, Wien 2005, S. 334 f.

14 Frémy, *Quid* 2004, S. 1725.

15 Schlosser, 2001, S. 138. Rund ein Fünftel des Viehmarktes kontrollieren die Schlachtbetriebe direkt durch eigene Mastbetriebe, durch Sonderverträge mit wenigen großen Viehzüchtern oder durch sogenannte »forward contracts«. Bei steigenden Preisen können sie dann leicht den Markt mit ihrem eigenen Mengenangebot (*captive supply*) überschwemmen und in ihrem Sinn wieder »ins Lot bringen«.

16 Worldwatch 2006, S. 88. Vier Gesellschaften kontrollieren über 50 Prozent der US-amerikanischen Hähnchenindustrie.

17 80 Prozent des Geschäfts mit den Mitte der 60er Jahre eingeführten tiefgefrorenen Pommes frites haben drei Hersteller (Simplot, Lamb Weston, McCain) in der Hand. Ihre Profitmargen sind angesichts scharfer Konkurrenz um Lieferverträge an die Fast-Food-Ketten, die 90 Prozent aller Pommes frites an den Endverbraucher absetzen, niedrig. So wird der Druck nach unten an die unmittelbaren Produzenten weitergegeben: Von einer Portion Frites für 1.50 \$ gehen vielleicht 2 Cents an den Bauern!

18 Schlosser 2001, S. 118.

19 Der Verbreitung von Fertiggerichten und Fast-Food-Restaurants lief ein verändertes Verbraucherverhalten parallel: einerseits wird immer weniger Zeit in der Küche für die Zubereitung von Speisen verbracht, gegenüber durchschnittlich zwei Stunden vor dem Zweiten Weltkrieg, nur noch 30 Minuten in den 1970ern; heute wird der Zeitaufwand mit rund 10 Minuten angegeben. Analog hat sich auch das Einkaufsverhalten gewandelt: 1960 wurden 5 Sechstel des Geflügels in unzerlegter Form eingekauft; heute werden dagegen nur 12 Prozent als ganze Tiere abgegeben, 55 Prozent in zerlegter und ein Drittel in weiter verarbeiteter Form.

20 Zur Geflügelzucht in den USA vgl. Schlosser, 2001, S. 139-141. Die Selbstmordrate unter US

eine »produktivistische« industrielle Landwirtschaft, die sich durch Monokultur, den Verbrauch hoher Dosen chemischen Düngers im Verein mit Pestiziden, Fungiziden und Herbiziden, modernste Landmaschinen und Bewässerung auszeichnet. Derselbe Prozeß verschärft die Konkurrenz unter den Produzenten, verdrängt die bäuerlichen Familienbetriebe zugunsten von Großfarmen mit Tausenden von Hektar, bringt sie in steigende Abhängigkeit erst von den Lieferanten der Betriebsmittel, dann von den Abnehmern. Ein Kartoffelfarmer bringt die Lage auf den Punkt: »The only thing I can really control is what time I get out of bed in the morning.«¹⁸

5. *Contract farming* Der Kreislauf schließt sich beim »contract farming«, wenn der Landwirt ähnlich einem *sweat shop* nurmehr seinen Hof und seine Arbeitskraft dem »Verarbeiter« zur Verfügung stellt. Wenn heute, nicht zuletzt dank der Verbreitung von Fertiggerichten und der Einführung von »chicken nuggets« Anfang der 80er Jahre, mehr »weißes« als »rotes Fleisch« konsumiert wird, profitieren davon nicht unbedingt die Hühnchenzüchter; im Gegenteil. Das große Geld hat sich nach vorn in die Verarbeitung und Vermarktung verlagert, während die Geflügelzüchter in immer größere wirtschaftliche Bedrängnis geraten.¹⁹ Ob in den USA oder in Frankreich: der Hühnerfarmer stellt lediglich das Land, die Arbeitskraft, die sachlichen Betriebsmittel zur Verfügung. Der Verarbeiter wie Tyson Food liefert einen Tag alte Kücken und das Futter, bestimmt die Futterzeiten, führt regelmäßige Kontrollen durch und holt die schlachtreifen Tiere sieben Wochen später wieder ab. Die Entlohnung der Geflügelzüchter bestimmt sich nach Zahl, Gewicht der Tiere und Menge des verbrauchten Futters. Mit anderen Worten, formal selbständig ist der Züchter realiter nichts anderes als ein Lohnarbeiter. Die Zuchtverträge sind kurzfristig, sie können jederzeit vom Verarbeiter gekündigt werden, schließlich ist er der Eigentümer der Hühner. In den USA machen die Hälfte aller Hühnchenzüchter nach durchschnittlich drei Jahren ihre Farm hoch verschuldet wieder zu. Welcher privaten Eigentumsideologie sie auch immer anhängen mögen, die Logik des Kapitals hat sich ihrer nicht nur bemächtigt, sondern ihre Selbständigkeit zu instrumentalisieren gewußt: Das gesamte Risiko unsicherer Ernteerträge ebenso wie schwankender Konsumenten-nachfrage liegt bei ihnen, den Produzenten, die quasi als Subunternehmer in die Wertschöpfungskette der Großunternehmen eingebunden sind! Groß an Zahl wird ihnen ihre Vereinzelung qua Privateigentum gegenüber dem hoch konzentrierten vor- und nachgelagerten Kapital zum Verhängnis. Wie ein Stundenglas schieben sich zwischen die Millionen bzw. Milliarden von Bauern und Landwirten einerseits die Endverbraucher, andererseits eine kleine Hand voll von Intermediären: multinationale Lieferanten, Verarbeiter. Sie besetzen strategische Engen, die sie selbst durch ihr marktinduziertes Oligopol geschaffen haben; sie profitieren nach beiden Seiten: laugen den Produzenten aus, sahen beim Konsumenten ab.²⁰

6. Im Rahmen der 1995 als Nachfolger des GATT ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation (WTO) wurde neben der Liberalisierung beim Warenhandel und Dienstleistungen auf Drängen westlicher multinationaler Konzerne auch eine verbindliche Basisregelung über den Schutz geistigen Eigentums vereinbart (TRIPS). Orientiert

am US-amerikanischen Recht sieht es langfristige monopolistische Marktbeschränkungen zugunsten von Erfindern und Patenthaltern nicht nur in Literatur und Kunst und bei technischen Neuerungen, sondern auch im informationell-kommunikativen sowie vor allem im chemisch-pharmakologischen und natürlich-organischen Bereich vor. Die Fortschritte in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis gepaart mit wachsender Eingriffsmöglichkeit in natürliche Prozesse haben gerade die in den Bereichen Medizin, Chemie und Agrarwirtschaft tätigen Unternehmen zu Vorkämpfern international geltender Schutzbestimmungen gemacht. Dabei geht es diesen »life-science«-Multis nicht nur um die kommerzielle Auswertung ihrer privat finanzierten Forschungsergebnisse. Sie zielen vornehmlich auf den Zugang zur überwiegenden Mehrheit der Bauern und Landwirte vor allem in der Dritten Welt, die ihre Aussaat bisher mit eigenen, über Generationen gezüchteten, den spezifischen Boden- und Klimabedingungen angepaßten Landrassen aus vergangener Ernte oder im nachbarschaftlichen Tausch vorgenommen haben. Die moderne Bio- und Gentechnologie im Verein mit dem internationalen Patentrecht liefert ihnen diese Zugriffschance, sei es marktmäßig über die Durchsetzung ihrer produktiveren Sorten, sei es über die Analyse und eventuelle Manipulation/Rekombination (inklusive Biopiraterie) traditionellen Saatguts. Schon die Grüne Revolution hatte die traditionellen Produktionsverhältnisse revolutioniert. Die Marktintegration zusammen mit Kommerzialisierung und Spezialisierung wurde gefördert, höhere Erträge eingefahren, vorausgesetzt der bäuerliche Haushalt verfügte über die zusätzlich notwendigen Mittel, Bewässerung, Dünger etc. Diese Hohertragssorten waren aus staatlicher Forschung hervorgegangen und offen zugänglich. Das heutige bio- und gentechnisch veränderte Saatgut ist dagegen (a) im wesentlichen steril, d. h. das Farmerprivileg, einen Teil der Ernte für die Aussaat im folgenden Jahr zurückzubehalten, verliert seine Substanz; (b) das neue Saatgut ist ganz auf den gleichzeitigen Einsatz firmeneigenen angepaßten Düngers bzw. entsprechender Pestizide, Herbizide, etc. ausgerichtet.²¹ Diese Qualität mutiert zu einem Hebel sozialer Ausbeutungsverhältnisse, wenn der landwirtschaftliche Produzent gezwungen wird, quasi sein eigenes Saatgut immer wieder erneut käuflich zu erwerben. Eine dauerhafte Abhängigkeit ist hergestellt; Arbeit und Risiko bleiben beim Produzenten, einen steten Zufluß an Monopolprofit verbucht dafür eine Hand voll von Saatgutfirmen.

Von der Beherrschung zur Zerstörung der Natur

1. Der Wandel von der Subsistenz zur Marktproduktion bringt notwendig eine Spezialisierung beim Anbau im Verbund mit Massenproduktion mit sich. Diese ist ihrerseits an den Einsatz von Maschinen bei der Feldbestellung wie bei der Ernte gekoppelt, was eine weitgehende Homogenität bei Pflanzenwuchs und Reifezeit voraussetzt, die letztendlich auch durch die Qualitätsnormen bei den Marktteilnehmern gefordert wird. Nachfrage, Preiskonkurrenz, Eingliederung in eine nationale bzw. internationale Arbeitsteilung fördern die Konzentration und die Gründung von Agrarfabriken ganz nach dem Muster industrieller Fertigungsanlagen. Schließlich spielen auch Standortfaktoren im Kampf um Kostenvorteile eine Rolle,

Farmern ist dreimal so hoch wie der nationale Durchschnitt. Zur Konzentration siehe auch Nierenberg, S. 85-111 in Worldwatch 2006. Als Beispiel für das Absahnen beim Endverbraucher: Der pommes frites Hersteller bekommt für ein Pfund 30 cents, die dem McDo-Gast dann für 6 \$ über die Theke geschoben werden. Für Frankreich vgl. Bové, Dufour, 2000, S. 143 f. Dies gilt für jede einzelne Nahrungsmittelbranche; so sehen sich die Milchproduzenten in Frankreich machtlos dem Abnahmekartell von fünf Einkaufszentralen gegenüber; vgl. L'Est Républicain 9. 12. 2006.

21 Das Saatgut hat eine interne Resistenz gegen Herbizide, etc. (z. B. »Round-up«); der »Terminator« Samen hatte eine genetisch manipulierte Sterilität eingepflanzt; eine juristische Schranke qua Patentrecht stellen die TRIPS dar, deren Einhaltung durch Kontrolle der Felder durchgesetzt und deren Verletzung gerichtlich selbst bei zufälliger Windbestäubung geahndet wird. Zum Fall des kanadischen Bauern Percy Schmeiser vgl. Koechlin, Florianne: Patente auf Lebewesen: Kontrolle über weltweite Ernährungsgrundlagen, 2001: http://www.blaueninstitut.ch/Tx/tP/tpF/f_PatenteLebewesen.pdf#search=%22Patente%20auf%20Lebewesen%3A%20Kontrolle%20%20C3%BCber%20weltweite%20Ern%20C3%A4hrungsgrundlagen%22

sei es im Hinblick auf Marktnähe, sei es zwecks kostengünstiger Anlieferung von Rohstoffen, sei es auch beim Verarbeitungsprozeß.

2. Die internationale Arbeitsteilung hat nicht nur einen Wandel von der Anpflanzung von Nahrungsmitteln zur Ernährung der eigenen Bevölkerung zum Anbau von Exportprodukten zwecks Deviseneinnahmen (z. B. Tapioka statt Reis) selbst in Ländern mit hohen Hungerquoten mit sich gebracht. Dem Imperativ Kostenminimierung gehorchend, haben sich bei dem Dreiklang Homogenität des Warenangebots, Standortkonzentration bei der Produktion und Auslagerung gerade bei der arbeitsintensiven Verarbeitung weite Distanzen und hohes Transportaufkommen ergeben. So werden beispielsweise in Dänemark gefangene und dort zum Verkauf angebotene Krabben in Marokko geschält, in Deutschland angebauter und verkaufter Salat in Tunesien gewaschen, ein in Bayern oder Kiel gekaufter Erdbeerjoghurt wird in Stuttgart mit Ingredienzen u. a. aus Polen, Amsterdam, Köln und Lüneburg produziert.²² Der der Marktwirtschaft systemimmanente »methodische Individualismus« läßt die gravierenden Umweltschäden als gesamtgesellschaftliche Kosten hinter dem individuellen Vorteil verschwinden.

3. Regionale und betriebsmäßige Spezialisierung ist der Hauptmotor der Modernisierung. Diese geht einher mit Massentierhaltung und *boden-unabhängiger* Produktion und damit einer Abkehr von der traditionellen Landwirtschaft mit ihrer Vielfalt lokal spezifischer Landrassen. Monokultur stellt sich als erstes Ergebnis ein. Die überkommenen Systeme bäuerlicher Produktion mit ihrer Mischung aus Pflanzenanbau und Viehzucht, die dank ihrer Angepaßtheit an lokales Klima, Böden und Topographie ein Gleichgewicht gebildet hatten, sind verschwunden. »Das industrielle Modell duldet keine Diversität.«²³ Der Landwirt ist überhaupt kein Agronom mehr; sondern nur noch Einzelerzeuger, ohne Anbau vorgelagerter Kulturen, ohne Nutzung der verschiedenen Böden. So wie das Kotelett in deutschen Pfannen vom »Einheits-Niedersachsen-Schwein« stammt, befindet sich in Frankreich knapp die Hälfte der Schweinezuchtbetriebe wegen der Nähe zu Häfen und damit des kostengünstigen Zugangs zu importierten Futtermitteln in der Bretagne. Hielten die bretonischen Bauern noch bis in die Mitte der 80er Jahre neben Schweinen auch Kühe und Geflügel, sind sie heute völlig einseitig auf ein einziges Produkt spezialisiert. Als weiteres Resultat verminderte sich in 25 Jahren die Zahl der Betriebe von 26 000 auf 3 000 mit einer zugleich *dreifach* größeren Produktion, mit anderen Worten ein um das 27fache vergrößerter Tierbestand pro Mastbetrieb! Die dritte Konsequenz solcher *industrieller Agrarfabriken* sind ökologischer Natur. So entspricht das Volumen an Urin und Exkrementen aus der Tierhaltung dem zwölffachen der faktischen Bevölkerung der Bretagne mit ihren knapp 3 Millionen Einwohnern. Der Boden kann diese Menge gar nicht aufnehmen; mehr noch, anders als bei der extensiven Viehzucht enthalten die Ausscheidungen aus Massentierhaltung Schwermetalle sowie Rückstände von Antibiotika. Zusätzlich verpesten hunderttausende Tonnen Ammoniak und Nitrat die Luft, unreinigen das Trinkwasser und beeinträchtigten die Austernkulturen.²⁴ Viehdung – früher Hauptinstrument zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit – ist in sein Gegenteil

22 In einer »produktbezogenen Transportkettenanalyse« wurde festgestellt, daß für die Herstellung solcher Erdbeerjoghurts insgesamt 9 115 km (z. B. 2 884 km für die Verpackung, 1 587 für das Etikett, 917 km für die Rohbakterien) beansprucht werden; vgl. Das Parlament, Jg. 46, Nr. 30/31, 12./19. Juli 1996, S. 3. Vgl. auch Greenpeace (2004): Unsere Nahrung in der Globalisierungsfalle.

23 Bové, Dufour 2001, S. 89.

24 Ebenda, S. 89, 143-149.

verkehrt: Weltweit geht mehr die Hälfte in den Getreidezyklus ein, der Rest *vergiftet* Luft, Wasser und Boden.²⁵ Heute werden bereits drei Viertel des Geflügels, inklusive Eier, und rund die Hälfte aller Schweine und Rinder in solchen Mastbetrieben aufgezogen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf alle Bereiche der primärsektoralen Produktion. So werden trotz einer sehr ungünstigen Kalorienrelation von 1:7 die Hälfte der Getreideernten und ein Drittel des Fischfangs als Tierfutter verwendet, werden statt Nahrungsgetreide Soja und Mais trotz erheblicher Umweltbelastung (Boden und Wasserverbrauch) favorisiert.²⁶ Nicht zufällig sind es gerade diese beiden Kulturpflanzen, denen sich die Saatgutunternehmen zwecks gentechnologischer Manipulation besonders angenommen haben. Und die industrielle Fleischfabrikation nach dem Muster »Soja-Mais-Beton« hat nicht nur nichts mehr mit »Landwirtschaft« und »Viehzucht« gemein,²⁷ die massenhafte Stallhaltung erhöht auch das Infektionsrisiko, zwingt für sich schon zum erhöhten Einsatz von Antibiotika.

4. Die Bio- und Gentechnologie als dritte Revolution in der Landwirtschaft und Viehzucht nach Mechanisierung und Grüner Revolution hat die mit der Kommodifizierung der Produktion generell verbundene Zielsetzung von Effizienzsteigerung in der input-output-Relation, Verkürzung der Produktions- und Umlaufzeit durch Spezialisierung, Mechanisierung der Produktionsabläufe sowie Massenproduktion und Homogenität bei Kulturpflanzen und Nutztieren potenziert. Vermittels der Ausweitung des Patentrechts, inklusive des geistigen Eigentums an lebenden Organismen (WTO, TRIPS, Para 27,3), d. h. der privateigentümlichen monopolistischen Aneignung wurde dieser Prozeß drastisch beschleunigt.

Bei der Viehzucht werden umfangreiche Forschungsmittel mit dem doppelten Ziel (a) eines größeren physischen Ertrags und (b) einer Erleichterung beim Umgang mit und der Aufzucht immer größerer Herden eingesetzt. So werden Kuhrassen mit sozialem, nicht-aggressivem Charakter gezüchtet, die genetisch für hohe Milchleistung, leichten Umgang beim Kalben sowie ein automatisiertes Melken prädestiniert sind. Erfolgreich im Sinne der Marktimperative von Kosteneffizienz, hier schnelleres Wachstum, weniger Abfälle, bessere »Verwertung« der inputs, erbringt ein Tier jährlich zwischen 8-10000 kg Milch, kalbt im Schnitt dreimal (2,8) und lebt etwas mehr als fünf Jahre.²⁸ Mit Hilfe des Zusatzes von Antibiotika und Wachstumshormonen wird das *ideale* Schlachtgewicht beim Kalb in 14, bei Ferkeln in 4 Monaten, beim Huhn in 7 Wochen erreicht. Allerdings sind die Tiere unter Bedingungen dieser industriellen Aufzucht zu reinen Freß- und Wachstumsmaschinen degeneriert: so nimmt das Ferkel in den sechs Monaten seines kurzen Lebens um das Sechsfache seines Ursprungsgewichts (23 auf 133 kg), das Kalb sogar um das 15fache (36 auf 544 kg) zu; und vom Huhn heißt es, es sei nichts anderes als »Korn auf Korn gespießt«.²⁹

5. Die marktorientierten gentechnischen Erfolge solcher »*Industrialisierung biologischer Systeme*« sind beim Huhn besonders beeindruckend. Sie sind zukunftsweisend, haben Vorbildcharakter für die Forschungsziele bei Kühen, Schweinen und anderen Nutztieren. So wurde bei der Hühnerhaltung im Vergleich zu 1920 die Mortalitäts-

25 Worldwatch 2006, S. 95.

26 Im Zuge der Globalisierung hat sich auch okzidentaler Lebensstil und Verbraucherverhalten verbreitet. Weizen ersetzt zunehmend lokale Grundnahrungsmittel, Fleischkonsum wird zum Statussymbol. Verzehrte jeder Mann im globalen Durchschnitt in den 80er Jahren 18 kg Fleisch jährlich, wird für 2020 die doppelte Menge prognostiziert. Im letzten Jahrzehnt hat sich der Fleischkonsum in China um 50 Prozent auf 73 kg pro Person und Jahr erhöht. Worldwatch, a. a. O.

27 So wurden 2005 weltweit 75 Prozent allen Geflügels, 68 Prozent der Eier, 50 Prozent aller Schweine und 43 Prozent Rinder in solchen Mastbetrieben mit jeweils Tausenden von Tieren großgezogen. Worldwatch 2006, Kap. 2.

28 Bové, Dufour, 2001, S. 95, 116.

29 Worldwatch 2006, S. 91-93.

30 Das Lebendgewicht wurde von 1 auf 2,27 kg, die Futtermittelverwertung von 4,7 auf 1,9 erhöht. M. a. W., um ein Gramm Fleisch zu produzieren, mußten 1920 rund 5 Gramm, heute nur knapp 2 Gramm verfüttert werden. Petschow/Idel 2004, S. 263 ff.

31 Vgl. ebenda.

32 Zur Arbeit der im Akkord bezahlten Hühnerfänger (»chicken catcher«) vgl. Worldwatch 2006, S. 91.

33 Petschow/Idel 2004, S. 279-282.

34 Wörner 2000, S. 30-33; Bové, Dufour 2001, S. 125.

35 Shiva, V.: Biodiversität. Plädoyer für eine nachhaltige Entwicklung, Bern 2001, S. 18 ff.

36 Greenpeace, Gentechnik: Keine Hoffnung für die Hungernden, Hamburg 10/2004. Bereits heute werden in den USA 50 Prozent des Getreide-, 85 Prozent des Soja- und Raps- sowie 75 Prozent des Baumwollanbaus mit gentechnisch verändertem Material betrieben. Deren Verwendung hat sich in vier Jahren fast verdoppelt und kommt heute in 17 Ländern zum Einsatz. Seitens der WTO werden Bedenken als unerlaubte Handelshindernisse gebrandmarkt. Mag die Unbedenklichkeitserklärung der WTO im Sinne der Prävention als unverantwortlich, das Verbot von Einfuhrbeschränkungen in die EU als Handelshemmnis für skandalös gehalten werden, die EU Verordnung zur Etikettierung ist ihrerseits eher Augenwischerei, insofern diese *nicht* für Fleisch gilt!

rate von 18 auf 5 Prozent (trotz Batteriehaltung) gesenkt, das Lebendgewicht bei der Schlachtung um 125 Prozent, dazu in weniger als der Hälfte der Zeit (7 statt 16 Wochen) erhöht, die Futtermittelverwertung um 250 Prozent verbessert.³⁰ Entsprechend sind die Produktionskosten drastisch gesunken, die produzierte Menge massiv gestiegen: Hühnerfleisch kostet inflationsbereinigt nur noch ein Achtel im Vergleich zur Zeit nach 1945. Über den Preismechanismus wurde dieses *industrielle* Huhn mitsamt seinen Aufzuchtmethoden universalisiert. Die Analogie zum fließbandmäßigen industriellen Fertigungsprozeß geht noch weiter, wie der Begriff vom »fordistischen« Huhn nahelegt.³¹ In der Tat, einmal eingefangen,³² geht die Schlachtung und weitere »Verarbeitung« der Hühner völlig maschinell vor sich. Dies ist natürlich nur möglich, weil die lebenden Organismen wie Industriewaren völlig gleichförmig sind. Diese genetische, auch für eine Patentierung unabdingbare Uniformität wird mit der gleichzeitigen Verdrängung anderer Rassen erkaufte. So ruht die Weltproduktion der Hunderte von Millionen industrieller Fleischhühner auf einer sehr engen genetischen Basis von nur drei bis vier »primary breeders« und 35-40 reinrassigen Stammlinien, die über die globalisierten Märkte auch die traditionelle Zucht (middle level stocks) auszukonkurrieren und damit zu verdrängen drohen.³³ Anders, der Fortschritt dieser marktrationalen Viehrevolution wird mit einer systemimmanenten Erosion der genetischen Basis erkaufte. Im Einzelfall wird damit das Risiko des Krankheitsbefalls verbunden mit großflächiger Vernichtung gesteigert, der langfristige Bestand gefährdet.

6. Generell als Folge der industriell »produktivistischen Landwirtschaft« mit Hohertragsorten und Hochleistungsrasen hat sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Biodiversität bei Pflanzen um 75 Prozent – dazu mit wachsender Geschwindigkeit – verringert. Bei Nutzpflanzen ist eine ähnliche Tendenz zu beobachten. Alarmiert sieht die FAO denn auch die Ernährungssicherheit potentiell bedroht. Die Zahlen sind in der Tat beunruhigend. Zwar sind von den weltweit existierenden Pflanzensorten bis zu 50 000 essbar; aber lediglich 150-200 gehen in die menschliche Ernährung ein. Doch selbst bei dieser geringen Zahl gibt es erhebliche Ungleichgewichte: so decken Reis, Mais und Weizen rund 60 Prozent des Kalorien- und Eiweißbedarfs ab; zusammen mit Gerste, Hirse, Kartoffeln, Yams, Zuckerrohr und Sojabohnen kommt man auf einen Anteil von drei Viertel. Diese Auswahl von weniger als ein Dutzend Getreidearten wurde im Zuge der Saatgutrevolutionen und der damit verbundenen einheitlichen Sorten gepaart mit Monokulturanbau weiter eingeschränkt. Gab es in der Vergangenheit in Asien 140 000, in Indien allein über 30 000 verschiedene Reissorten, werden heute ganze zehn auf drei Vierteln der Fläche angebaut.³⁴ Ähnlich steht es in Europa, wo auf 80 Prozent der Agrarfläche lediglich vier verschiedene Kulturpflanzen ausgesät werden.³⁵ Die durch die WTO sanktionierte, auf Betreiben bedeutender Agrarstaaten wie den USA, Argentinien und Kanada weltweite Verwendung genmanipulierter Nahrungsmittel – so wurden bis Ende 2004 auf die Hauptnahrungspflanzen Reis, Mais, Weizen, Soja und Sorghum-Getreide bereits mehr als 1000 Patente erteilt – schreibt die weltweite Verbreitung solch homogenen Saatguts fort.³⁶

7. Zusammenfassend läßt sich konstatieren: Die Merkmale der modernen Landwirtschaft, nämlich Uniformität, absolute genetische

Homogenität, Ertragsabhängigkeit qua chemischer Zugaben und Sterilität des Saatguts widersprechen fundamental den Grundgesetzen der Natur als da sind Vielfalt, Anpassung an unterschiedliche Naturräume, Reproduktionsfähigkeit. Diese werden zugunsten der dauerhaften privaten Aneignung des Lebens und darüber hinaus systemisch-struktureller sozialer Abhängigkeitsverhältnisse ersetzt und geopfert. Für private Zwecke zugerichtet und ihrer Basisfunktion beraubt, gibt die Natur lediglich das Medium für Ausbeutung und individuelle Gewinnmaximierung ab. Durch die Einschränkung auf ganz wenige Arten werden Artenvielfalt und Genpool zerstört, die auch durch die Einrichtung von Genbanken, die – typischerweise vor allem in den Industrieländern lokalisiert sind und damit einen neuen Nord-Süd-Konflikt in sich bergen – nicht kompensiert werden. Anders, im Namen des quantitativen kostengünstigen Nahrungsmittelangebots wird ein umfassender Angriff auf die Ernährungsgrundlagen selbst gestartet, das materielle Fundament der Reproduktion von Gesellschaft selbst gefährdet. Privatkapitalistische Verwertungsinteressen und natürliche Prozesse sind unvereinbar, sie unterliegen antagonistischen Logiken.

8. Die Konzentration auf nur wenige Sorten, die weltweite Homogenisierung im Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen, der massenweise Einsatz von Kunstdünger, von Insektiziden und Pestiziden, Massentierhaltung im Verein mit Futtermittelimporten, Wachstumshormonen und Pharmaka haben die Axt an die natürlichen Grundlagen unser aller Leben gelegt.³⁷ Die Gefahren gehäuft auftretender Tierseuchen wie Rinderwahn, Schweinepest und Vogelgrippe ebenso wie Pestbefall bei Pflanzen und die noch völlig unbekannt langfristigen Auswirkungen gentechnisch manipulierten Materials auf Naturpflanzen und schließlich den Menschen sollten zur Rückkehr mahnen. Die Unterwerfung der Natur unter rein marktwirtschaftliche Kostenkalküle einerseits, ihre Pervertierung zwecks Zurichtung für industrielle Massenproduktion und private individuelle Aneignung zugunsten Weniger zeigt, dass die Periode des Niedergangs des Kapitals längst begonnen hat, wir uns bereits in der Barbarei befinden. Deshalb kann auch die Devise weder lauten, Abbau von Handelsschranken und Subventionen in der Triade zugunsten vermehrter Nahrungsmittelimporte aus der Dritten Welt – wie es vor allem die Cairns Gruppe mit den USA, Brasilien und Argentinien an der Spitze fordert – noch »ökologische Landwirtschaft« als Allheilmittel propagiert werden. Solche Forderungen sind nicht nur kurzfristig, sie sind auch in sich fragwürdig. In jedem Fall argumentieren sie systemimmanent, stellen weder Markt noch internationale Arbeitsteilung in Frage; beide aber sind in jeder Hinsicht destruktiv. Im Falle ihrer Implementierung werden durch solche Maßnahmen bestenfalls Marktnischen besetzt, eine Umverteilung zugunsten einiger Großfarmen in Schwellenländern erreicht, aber weder die Lage der ärmsten Länder (»Vierte Welt«) oder generell der (Netto-) Nahrungsmittelimporteure des Trikont verbessert, noch das Problem der mangelnden *monetären* Nachfrage, die Hunderte von Millionen Menschen aus Mangel an Geld vor vollen Brotregalen verhungern läßt, an der Wurzel gepackt.³⁸ Noch in einem weiteren Sinn zeigt insbesondere die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft dessen dop-

37 Worldwatch 2006, S. 99. Aus Gründen der Gesundheit wie des schnelleren Wachstums wegen werden den Tieren Antibiotika im Futter und Wasser beigegeben. Im Schnitt erhalten sie achtmal mehr als die Menschen. Doch während für die letzteren das Rezept eines Arztes erforderlich ist, ist die Landwirtschaft davon ausgenommen. Über die Nahrung wird so eine Bakterienresistenz herausgebildet. Wir »opfern eine Zukunft, in der Antibiotika kranke Menschen behandeln könnten, indem wir sie heute leichtfertig an Tiere verschwenden, die überhaupt nicht krank sind«.

38 Die ganze Heuchelei solcher »Gutmenschen« und »bourgeois Sozialisten« manifestiert sich am 16. Oktober, dem UN-Welt-ernährungstag. Dabei brauchte niemand zu hungern; der Markt selbst verkörpert die strukturelle Gewalt, der buchstäblich in jedem Augenblick Menschen zum Opfer fallen.

pelt negatives Gesicht: er treibt die ursprüngliche Akkumulation unaufhaltsam voran, ohne zur erweiterten kapitalistischen Reproduktion überzugehen. Die Kleinproduzenten werden unter der Herrschaft des Marktes immer weiter verarmt, doch statt zum kapitalistischen Pächter aufzusteigen oder ihre Arbeitskraft einem Unternehmer zur Mehrwertproduktion anzubieten, werden sie aus Mangel an Beschäftigungs- und Einkommensalternativen in eine immer prekärere Subsistenz zurückgetrieben. Hier zeichnet sich die *neue Agrarfrage* als Problematisierung des gesamten Entwicklungsmodells ab, das auf Urbanisierung und Industrialisierung bei gleichzeitiger erst absoluter, dann auch relativer Rückführung der Agrarbevölkerung nach dem historischen Vorbild der heutigen Metropolen setzt. Doch dies ist eine Sackgasse: der Kapitalismus wird *aus seinem Zentrum* heraus globalisiert, d. h. ist kapital- und forschungsintensiv, braucht Konsumenten, weniger Produzenten. Wo aber finden die 330 Millionen Inder oder 300 Millionen Chinesen, die in den nächsten 25 Jahren allein in diesen beiden zukünftigen Weltmächten auf den Arbeitsmarkt strömen, sichere Arbeit und angemessenes Einkommen?

Die Fragwürdigkeit der herrschenden Produktionsweise, die Aporien der in ihr erwachsenen Landwirtschaft bedeuten keine absolute Ausweglosigkeit. Jeder einzelne, selbst die für die Mitte des nächsten Jahrhunderts vorhergesagte stationäre Weltbevölkerung von über 10 Milliarden könnte ausreichend ernährt werden. Mögen die heutigen Strategien wegen ihrer Zielsetzung fragwürdig sein, eine nicht an privater Profitmaximierung ausgerichtete wissenschaftliche Forschung erlaubt Optimismus. Ein Umsteuern ist nötig und möglich. Der FAO zufolge könnten bisher noch brach liegende Ressourcen erschlossen werden, angefangen beim Ackerland oder vermehrter künstlicher Bewässerung, so daß die Ackerfläche erweitert, wenigstens teilweise die durch Hohertragssorten und massive Chemisierung (mit-)verursachte Verschlechterung der Böden kompensiert werden könnte.³⁹ Schließlich müssen die Auswirkungen des prognostizierten, die Landwirtschaft generell, die Ernährungslage der Dritten Welt speziell negativ beeinflussenden Klimawandels mit Trockenperioden, vermehrter Dürre neben Überschwemmungen berücksichtigt werden. Vielleicht ist es schon zu spät, um eine Verschlechterung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verhindern. Doch wer sich angesichts des über seinem Kopf in hellen Flammen stehenden Hauses fragt, ob er ins Unbekannte springen soll, begeht Selbstmord aus Angst vor dem Tode. Der Sand im Stundenglas verrinnt, die obere Hälfte ist fast leer; wer dreht sie um?

39 So werden 40 Prozent der weltweiten Getreidernte von lediglich 17 Prozent bewässerter Fläche eingebracht. Dieser Anteil könnte bei nur 14 prozentiger Erhöhung des Wasserverbrauchs verdoppelt werden. Zu Fragen der Erosion, Versalzung, Nährstoffabbau vgl. World Resources Institute, World Resources 2000-2001, Washington 2000, S. 54.

Ausgewählte Bibliographie

- Alternatives Sud, Question agraire et mondialisation. Points de vue du Sud, vol. X, No.1, 2003, (Hrsg. Centre Tricontinental) Paris: L'Harmattan. Editorial, Mondialisation libérale et pauvreté paysanne. Quelle Alternative?, S. 5-26.
- Altieri, M. A.: Ecological Impacts of Industrial Agriculture and the Possibilities for Truly Sustainable Farming, p. 77-92 in Magdoff, F. et al., Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Amin, S.: Le virus libéral. La guerre permanente et l'américanisation du monde. Pantin: Le Temps des Cerises, 2003.
- Araghi, F.: The Great Global Enclosure of Our Times: Peasants and the Agrarian Question at the End of the 20th Century, p. 145-160, in Magdoff, F. et al., Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Blanckenburg, P. v.: Welternährung, München: Beck, 1986.

- Bové, J., Dufour, F.: *Le Monde n'est pas une Marchandise. Des paysans contre la malbouffe*, Paris: La Découverte, 2000.
- Bräbel, F., Paasch, A.: Die Globalisierung des Hungers und das Menschenrecht auf Nahrung, p. 1473-1480, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2005.
- BUKO-Agrarkoordination (Hrsg): *Wer Hunger pflanzt und Überschuß erntet. Beiträge zu einer entwicklungspolitischen Kritik der EG-Agrarpolitik*, Hamburg 1988.
- Burbach, R., Flynn, P.: *Agribusiness in the Americas*, New York: Monthly Review Press, 1980.
- Carfantan, J. Y.: *La Mondialisation Déloyale. Pour un nouvel ordre agricole et alimentaire*, Paris: Fayard, 2002.
- Commission on Intellectual Property Rights: *Integrating Intellectual Property Rights and Development Policy*, London 2002 (Internet: www.ipr.commission.org).
- Confédération Paysanne, *Changeons de politique agricole*, Paris: Fayard (Mille et une nuits), 2001.
- Begander, E., Seitz, K.: *Zwischen Hunger und Überschüssen, Agrarpolitik und Entwicklungspolitik im Widerspruch*, Deutsches Institut für Fernstudien, Tübingen 1989.
- FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations): *The State of Food Insecurity in the World 2003*, Rome: FAO 2003.
- FIAN, *Wirtschaft global – Hunger egal? Für das Menschenrecht auf Nahrung*, ATTACBasis Texte 16, Hamburg: vsa Verlag, 2005.
- Foster, J. B., Magdoff, F.: *Liebig, Marx and the Depletion of Soil Fertility: Relevance for Today's Agriculture*, S. 43-60, in: Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Heffernan, W. D.: *Concentration of Ownership and Control in Agriculture*, p. 61-75, in Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Hobbelink, H.: *Biotechnology and the Future of World Agriculture*, London: Zed Books, 1991.
- Kaiser, G.: *Biopiraterie – Der neue Kolonialismus*, p. 1172-1176, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2006.
- Lewontin, R. C.: *The maturing of Capitalist Agriculture: Farmer as Proletarian*, p. 93-106, in: Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Magdoff, F. et al.: *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Mazoyer, M., Roudart, L.: *A History of World Agriculture*, New York: Monthly Review Press 2006.
- McMichael, Ph.: *Global Food Politics*, p. 125-143, in Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Middendorf, G. et al.: *New Agricultural Biotechnologies: The Struggle for Democratic Choice*, pp 107-123, in Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Nuschler, F.: *Entwicklungspolitik*, Bonn: Dietz Verlag, (6.Auflage) 2005.
- Oxfam, *Rigged Rules and Double Standards – Trade, Globalisation, and the Fight against Poverty*, 2002. http://www.maketrade4fair.com/assets/english/Report_English.pdf.
- Paasch, A.: *Hunger global*, S. 1169-1172, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2006.
- Palme, Ch.: *Das Kartell der Grünen Gentechnik*, S. 463-473, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 04/2005.
- Palme, Ch.: *Grüne Gentechnik auf dem Vormarsch*, S. 527-531 in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 05/2006.
- Petschow, U., Idel, A.: *Das globale Huhn*, S. 263-285, in *PROKLA*, 34. Jg.2004, Heft 135.
- Schlösser, E.: *Fast Food Nation. The dark side of the all-american meal*, Boston/New York: Houghton Mifflin Co. 2001.
- Shiva, V.: *Biopiraterie – Kolonialismus im 21. Jahrhundert*, Münster 2002.
- Spangenberg, J.: *Das Grüne Gold der Gene*, Wuppertal: Hammer Verlag, 1992.
- Third World Network, *Third World Resurgence* (Penang/Malaysia), No 97, >Terminator Technology<: *Grabbing the World's Future Food Supply*, Sept.1998. No. 100/1, *The WTO, Agriculture & Food Security*, Dec.1998/Jan.1999. No. 106, *The Future of Genetic Resources*, June 1999. No. 118/9, *The Real >Miracle<: Sustainable Agriculture*, June/July 2000. No. 161-2, *Back to Basics: Revitalizing the Convention on Biological Diversity*, Jan/Feb. 2004. No. 186, *Regulating Access to the South's Biological Resources*, Feb. 2006.
- Wessel, J.: *Hantman, M., Getreidefieber. US-Agrarkrise, Konzernmacht und Welternährung*. München: dtv 1987.
- Wömer, B.: *Von Gen-Piraten und Patenten*, (Hrsg: *Brot für die Welt*), Frankfurt: Brandes und Apsel 2000.

JOCHEN WEICHOLD

Quo vadis, Grüne?

7 Thesen zur Entwicklung der *Grünen*

1. In den zwei Jahren seit dem Ende der rot-grünen Koalition haben *Die Grünen* nur schwer in ihre Oppositionsrolle gefunden. Das war in der Tat schwierig, weil es in der Großen Koalition starke Momente der Kontinuität zur rot-grünen Regierung gibt. Die sozialen Ungerechtigkeiten für Arbeiter und Angestellte, die unter Bundeskanzlerin Merkel verabschiedet werden, wurden vielfach unter Rot-Grün ausgedacht.

Zu Recht haben *Die Grünen* nach der Rückkehr in die Opposition eher leise Töne angeschlagen. Eine Kehrtwende um 180 Grad hätten ihnen die Wähler und Anhänger ohnehin nicht abgenommen. Eine solche Wende hätte zu einem ernsten Glaubwürdigkeitsproblem für *Die Grünen* geführt. Erst auf dem Kölner Parteitag im Dezember 2006 wurden von den Parteilinken kritischere Töne angeschlagen, begann nach einer Schamfrist eine deutlichere Abgrenzung von der Großen Koalition. Mit dem Sonderparteitag in Göttingen Mitte September 2007 wurde aber das Ende der von Joschka Fischer geprägten außen- und sicherheitspolitischen Linie der Öko-Partei markiert, und mit ihrem Nürnberger Parteitag und den dort gefassten Beschlüssen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik sind *Die Grünen* nun in der Opposition angekommen.

2. Offensichtlich hat der taktisch begründete Verzicht auf eine Kehrtwende um 180 Grad bei Wählern und Mitgliedern durchaus Früchte getragen. Dazu kommt, dass derzeit substanzielle Themen der *Grünen* (wie der Klimawandel) Hochkonjunktur haben. Die von der Ökopartei seit langem vorgetragenen Warnungen erfahren Unterstützung und Verstärkung von Kreisen, die einer Sympathie für *Die Grünen* unverdächtig sind, wie der Stern-Kommission, die in ihrem Bericht Ende Oktober 2006 die gravierenden ökonomischen Folgen des Klimawandels konkret beziffert hat.¹ Dies treibt den *Grünen* neue Anhänger zu.²

So liegen *Die Grünen* bei der Sonntagsfrage bei den meisten Meinungsforschungsinstituten regelmäßig rund zwei Prozentpunkte über dem Bundestagswahlergebnis vom Herbst 2005.³ Hochburgen der *Grünen* sind – wie in der Vergangenheit – Großstädte und Universitäts- und Hochschulorte, die einen vergleichsweise hohen Anteil von Akademikern und Angestellten und der lernenden und studierenden Jugend aufweisen, sowie Gebiete mit akuten Umweltproblemen. Dies gilt auch für die fünf neuen Bundesländer – allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau.⁴

Die Grünen finden bei Wahlen in der Regel vor allem in den Altersgruppen bis unter 45 Jahre eine deutlich höhere Zustimmung als

Jochen Weichold –
Jg. 1948; Dr. sc. phil.,
Politikwissenschaftler,
Bereichsleiter in der Rosa-
Luxemburg-Stiftung. Letzte
Veröffentlichung in UTOPIE
kreativ: Die Grünen –
Aufbruch in die Anpassung,
Heft 171 (Januar 2005).

1 Vgl. Sir Nicolas Stern:
The Economics of Climate
Change (veröffentlicht am
30. Oktober 2006). Der Be-
richt konstatiert, »dass die
Gesamtkosten und -risiken
des Klimawandels, wenn wir
nicht handeln, gleichbedeu-
tend mit dem Verlust von
wenigstens 5 Prozent des
globalen Bruttoinlandpro-
dukts jedes Jahr, jetzt und
für immer, sein werden. [...] Im
Gegensatz dazu können die
Kosten des Handelns – des
Reduzierens der Treibhausgas-
emissionen, um die schlimmsten
Auswirkungen des Klimawandels
zu vermeiden – auf etwa 1 Pro-

insgesamt, obwohl auch die Wählerklientel mit der Partei »gealtert« ist. Sie können dabei nach wie vor in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen überdurchschnittliche Stimmenanteile verzeichnen. Sie schneiden in allen Altersgruppen aufgrund ihrer so genannten »weichen« (besser: postmaterialistischen) Themen bei Frauen besser ab als bei Männern. Zwischen Ost und West zeigen sich dabei keine größeren alters- und geschlechtsspezifischen Abweichungen in der Wählerschaft.⁵

Die Mitgliederzahl der *Grünen* ist vergleichsweise stabil⁶ und liegt bei ca. 45 000⁷. Doch hinter der relativ stabilen Entwicklung der Mitgliederzahlen haben sich gravierende Veränderungen in der Struktur der Mitglieder, aber auch der Wählerschaft vollzogen. In den 90er Jahren fand ein gewaltiger personeller Umschlag in der Partei statt. Rund die Hälfte der Mitglieder aus den Anfangsjahren kehrten ihr seit 1990 enttäuscht den Rücken. Weit mehr als die Hälfte der heutigen Mitglieder trat erst nach 1990 in die Partei ein und brachte neue Wertorientierungen und Lebenserfahrungen mit, die zum Teil auch neoliberalen Ideen einen Nährboden bieten.

Die Wähler der *Grünen* haben sich in der bundesdeutschen Gesellschaft erfolgreich etabliert und gehören mittlerweile in der Tendenz eher zu den arrivierten Bevölkerungsschichten. Auf ihre politischen Einstellungen und Ziele hat dies nach Ansicht von Wahlforschern einen eher mäßigenden Einfluss ausgeübt.⁸ Mit den Worten von Forsa-Chef Manfred Güllner ist der Anteil der »Werte-Grünen« oder »Körnerfresser«, die ihren Lebensstil seit 20 Jahren nicht geändert haben, an der Anhängerschaft der *Grünen* stetig geschrumpft, derjenige der »etablierten« Grünen, die beispielsweise die Anwaltspraxis ihres Vaters übernommen haben, hingegen deutlich gestiegen.⁹

3. Die Gründe für eine Mitgliedschaft in den *Grünen* haben sich verändert. War in den 80er Jahren der Kampf gegen die Atomkraft (gegen Kernkraftwerke wie gegen atomare Waffen) eine ganz zentrale Frage, eine Frage mit Symbolwert, um sich in der Öko-Partei zu engagieren, liegt der Focus seit den 90er Jahren eher bei der Verteidigung und Ausweitung der Bürgerrechte. Damit haben sich in gewisser Weise jene Kräfte bei den *Grünen* durchsetzen können, die sich aus dem Zusammengehen mit dem Bündnis 90 in der ersten Hälfte der 90er Jahre einen Schub für die Partei in Richtung einer Bürgerrechtspartei erhofft hatten. Joschka Fischer hatte 1991 gefordert, *Die Grünen* müssten sich entscheiden, wie die zukünftige Entwicklungsrichtung der Partei aussehen solle: reformökologisch-bürgerrechtlich oder linksökologisch-antikapitalistisch. Dass der Zug seither in die reformökologisch-bürgerrechtliche Richtung gefahren ist, ist unbestreitbar.

Die Veränderungen in der Mitgliedschaft sind auch die Folie, auf der *Die Grünen* ihre Positionen auf wesentlichen Politikfeldern seit Anfang der 90er Jahre für Außenstehende bis zur Unkenntlichkeit verändert hatten (Außenpolitik, Atompolitik, zum Teil neoliberale Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik). Vor allem im Laufe ihrer Regierungszugehörigkeit verabschiedeten sich *Die Grünen* »von vielen Forderungen, die früher den Kernbestand ihrer Identität ausmachten«¹⁰.

zent des globalen Bruttoinlandprodukts pro Jahr begrenzt werden.« (Summary of Conclusions, p. VI, Internet-Fassung).

2 Vgl. Franz Walter: Grüne: Pausbäckige Selbstzufriedenheit, in: Welt online, 12. 4. 2007.

3 Vgl. die Ergebnisse der sechs Meinungsforschungsinstitute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) und Infratest dimap (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (Stand: 4. 12. 2007).

4 Vgl. www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/wahlkreisergebnisse; Dieter Roth und Andreas M. Wüst: Abwahl ohne Machtwechsel? Die Bundestagswahl 2005 im Lichte langfristiger Entwicklungen, in: Eckhard Jesse, Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 52.

5 Vgl. Eckhard Jesse: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden 2006, Heft 3, S. 519-522. – Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai 2007 konnten Die Grünen mit 16,4 Prozent der Stimmen ihr Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Wahl deutlich verbessern (2003: 12,8 Prozent) und wurden in einigen innerstädtischen Quartieren zur stärksten Partei. Im Stadtstaat mit seiner Universität und mehreren Hochschulen mit über 30 000 Studieren-

den verhalten ihnen vor allem die jüngeren Wählerinnen und Wähler zum Erfolg. Vgl. Bernd Hüttner, Norbert Schepers: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE im Westen angekommen? rls standpunkte, Berlin, 11/2007, S. 4.

6 Vgl. Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden 2002, Heft 2, S. 435; Internet-Präsentation der Grünen (<http://www.gruene.de/>, Stand: 11. 4. 2007); Der Fischer Weltalmanach 2007. Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2006, S. 125; Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Baden-Baden 2007, Heft 2, S. 370.

7 Vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006, a. a. O., S. 370.

8 Vgl. Markus Klein, Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, München 2003, S. 219.

9 Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 24./25. 11. 2001.

10 Markus Klein, Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, a. a. O., S. 216.

11 Vgl. Joachim Raschke: Die Zukunft der Grünen. »So kann man nicht regieren«, Frankfurt am Main 2001, S. 141 und 290.

12 Zit. in: Katharina Koufen: Affäre? Zweitfrau? Scheidung?, in: taz, Berlin, 2. 4. 2007.

Das neue Grundsatzprogramm der *Grünen* vom März 2002 vollzog nur den Weg nach, den die Schrägstrich-Partei in der politischen Praxis längst gegangen war. Die Grundsatzprogramm-Kommission hatte zu Beginn der Programm-Diskussion konstatiert, nicht nur die Welt um die Partei herum, auch *Die Grünen* selbst hätten sich verändert und müssten sich darüber Rechenschaft geben.

4. Das Verhältnis der Partei *Die Grünen* zu den außerparlamentarischen Bewegungen ist zerrüttet. Der Grad der Zerstörung dieses Verhältnisses ist allerdings bei den einzelnen Bewegungen unterschiedlich. Und: *Die Grünen* sind trotzdem ein wichtiger Ansprechpartner – oft der wichtigste Ansprechpartner – der Bewegungen. Dies gilt insbesondere für die Ökologiebewegung.

Die Gründe für das gestörte Verhältnis liegen darin, dass zum einen Verbände und Initiativen aus den außerparlamentarischen Bewegungen teilweise weit überzogene Erwartungen an den Regierungseintritt der *Grünen* geknüpft hatten. Die Realität grüner Regierungsbeteiligung führte zu einer tiefen Enttäuschung der Aktivistinnen der außerparlamentarischen Bewegungen, die sie auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck brachten.¹¹ »Mit dem Kosovokrieg 1999 und dann mit Afghanistan haben *Die Grünen* eine Grenze überschritten, was ihnen nicht vergeben wird«¹², so ein Bewegungsaktivist, der sich lange Jahre in der Friedensbewegung engagiert hatte und heute bei Attac mitmacht.

Zum anderen verloren im Gegenzug *Die Grünen* zum großen Teil den Kontakt zu den sozialen Bewegungen. Insbesondere nach dem Treffen der Globalisierungskritiker 2001 in Genua stellten *Die Grünen* plötzlich fest, dass sie den Anschluss an die außerparlamentarischen Bewegungen verpasst hatten.

Das schwierige Verhältnis der *Grünen* zu den außerparlamentarischen Bewegungen manifestierte sich im April 2007 im Streit um den Aufruf der Bewegungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. In diesem Streit spaltete »sich die Partei in Globalisierungsfundis und -realos«¹³, wie DER SPIEGEL genüsslich schrieb. Während die Grüne Jugend und der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele den Aufruf von Attac und anderen zur G8-Großdemonstration am 2. Juni 2007 unterschrieben, verweigerte Parteichefin Claudia Roth ihre Unterschrift, weil sie die »einseitige Schuldzuweisung« an die G8-Regierenden nicht teilen könne, und kreierte ein eigenes Papier.¹⁴

Einerseits suchen also *Die Grünen* wieder den Kontakt zu den außerparlamentarischen Bewegungen. Andererseits sieht sich ihre Führung immer noch als Regierungspartei,¹⁵ gewissermaßen als *Regierungspartei im Wartestand*. Ein solch »inniges« Verhältnis, wie es zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der »Anti-Parteien-Partei« *Die Grünen* in den 80er Jahren bestand, wird sich nicht wiederherstellen lassen. Dazu haben sich Partei und Bewegungen zu weit auseinander entwickelt, ist aus der »Bewegungspartei« eine ganz normale, eine etablierte Partei (wie die anderen auch) geworden.

5. Seit dem Herbst 2006 hat sich die Parteilinke wieder stärker zu Wort gemeldet, zeichnen sich auf wichtigen Politikfeldern Veränderungen ab. Dies manifestierte sich deutlich auf den Parteitagen der *Grünen* in Köln im Dezember 2006, in Göttingen im September

2007 und in Nürnberg Ende November 2007 sowie in den innerparteilichen Debatten im Verlauf des Jahres 2007. Drei herausragende Beispiele dafür sind (a) die Afghanistan-Debatte, (b) die Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und (c) die Papiere zur Wirtschaftspolitik.

(a) Die Afghanistan-Debatte: In dem Sonderparteitag von Göttingen kulminierte eine Diskussion in der *Grünen* Partei, die schon auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) im Dezember 2006 in Köln eine wichtige Rolle gespielt hatte. Während *Die Grünen* einst – in der Regierung – sowohl für den Einsatz der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan als auch für die Operation Enduring Freedom (OEF) gestimmt hatten, wurde auf der Kölner BDK der Ruf nach einer Rückbesinnung auf den Pazifismus laut, konnte sich aber letzten Endes nicht durchsetzen. Abgelehnt wurde auch die von den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele, Winfried Hermann und anderen vorgebrachte Idee, eine Exit-Strategie für den Bundeswehreinsatz im Rahmen von ISAF in Afghanistan zu entwickeln. Andererseits wandten sich die Delegierten gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans.

Im Gegensatz zum Geist des Parteitagsbeschlusses von Köln stimmte jedoch eine knappe Mehrheit der Bundestagsfraktion der *Grünen* im März 2007 für einen Einsatz der deutschen Tornados im Süden Afghanistans im Rahmen von OEF. Hätte noch einige Zeit zuvor die Ablehnung des Tornado-Einsatzes durch 21 Abgeordnete zum Eklat bei den *Grünen* geführt, sorgte nun die Zustimmung von 26 Abgeordneten zum Tornado-Einsatz bei einem beträchtlichen Teil der Partei für Empörung. Nicht wenige Mitglieder erblickten darin eine Missachtung der pazifistischen Wurzeln der *Grünen*.

Mitte Juli 2007 erzwangen 44 Kreisverbände der *Grünen* einen Sonderparteitag zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Obwohl es erst nach wochenlanger Sammlung der Voten der Kreisverbände gelang, das erforderliche Quorum von zehn Prozent für die Einberufung eines Sonderparteitages zu überschreiten, befürchtete die Parteiführung nicht zu Unrecht, dass der verbreitete Unwille in der Partei über die Entscheidung zum Einsatz von Tornados in Afghanistan so groß ist, dass sich die Befürworter der in Köln noch abgelehnten Diskussion über eine Exit-Strategie aus Afghanistan auf dem Sonderparteitag durchsetzen und dass eine solche Debatte als außenpolitischer Kurswechsel der *Grünen* interpretiert werden könnte.¹⁶

In der *Grünen*-Spitze brach offener Streit darüber aus, wie mit dieser neuen Situation umzugehen sei. Ein Streit, der sich mit den Machtkämpfen innerhalb des Führungspersonals der Partei verquickte. Während die einen zudem für ein Ja zum kombinierten ISAF/Tornado-Mandat plädierten, forderten andere ein Nein.¹⁷ Hier lag die Ursache dafür, dass sich der Vorstand nur auf einen »Leitantrag« verständigen konnte, der im Grunde alles offen ließ.

Der Sonderparteitag endete dann mit einer faustdicken Überraschung: Bei der Abstimmung über den Leitantrag konnte sich nicht der favorisierte Antrag des Bundesvorstandes durchsetzen, sondern der Antrag von Robert Zion und seines widerständigen Kreisverbandes Gelsenkirchen, der diese Sonder-BDK erst initiiert hatte.

13 DER SPIEGEL, Hamburg, 2007, Nr. 16 (vom 16. 4. 2007), S. 27.

14 Vgl. ebenda; Neues Deutschland, Berlin, 13. 4. 2007.

15 Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 4. 4. 2007; Welt.online, 4. 4. 2007.

16 Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 14./15. 7. 2007.

17 Vgl. ebenda, 15./16. 9. 2007.

Die Delegierten sprachen sich im Parteitagebeschluss nicht nur für eine sofortige Beendigung von OEF und des Tornado-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan aus, sondern lehnten auch eine Zusammenlegung der Mandate für OEF und ISAF ab. Sie forderten die grüne Bundestagsfraktion auf, bei einer Zusammenlegung der Abstimmungen für ISAF und Tornados diesem »Paket« nicht zuzustimmen.¹⁸

18 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen. Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 15. September 2007, Lokhalle Göttingen: Militärische Eskalation ist keine Lösung – Mit politischen Mitteln und zivilem Aufbau den Frieden in Afghanistan gewinnen! Beschluss, S. 2-5.

Die Grünen knüpften ein Ja zu einer Verlängerung der ISAF-Mission an den Ausstieg aus der Gewaltspirale. Für die Öko-Partei sei der weitere Einsatz der Bundeswehr nur dann tragbar, wenn rasch ein klar erkennbarer Kurswechsel der Bundesregierung und der NATO eingeleitet wird, der eine politische Lösung anstrebt und mit erheblich mehr Ausgaben für den zivilen Bereich verbunden ist. Diese Änderung der Strategie bzw. die dokumentierte Absicht dazu müsse seitens der Bundesregierung vor einer Zustimmung der *Grünen* zu einer Verlängerung oder Neumandatering vorliegen. »Falls es nicht zu einem von uns geforderten erkennbaren Kurswechsel kommt, bedeutet das in der Konsequenz, dass sich die Bundeswehr komplett aus Afghanistan zurückziehen muss. Das Zeitfenster für einen solchen Strategiewechsel ist dabei nicht unbegrenzt.«¹⁹

19 Ebenda, S. 9.

Maßgebend für jegliche weitere Zustimmung zu einer Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan sei für *Die Grünen* die Vorlage eines zeitlich klar gegliederten Stufenplans für den Aufbau und die Befriedung. »Dieser Zeitplan muss einen völligen Abzug der ausländischen Truppen, somit natürlich auch der Bundeswehr, in wenigen Jahren beinhalten.«²⁰ Mit anderen Worten: *Die Grünen* entschieden sich in Göttingen für den (schrittweisen) Ausstieg der Bundeswehr aus Afghanistan.

20 Ebenda.

(b) *Die Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme*: Auf dem Parteitag der *Grünen* in Köln im Dezember 2006 machten sich Parteilinke in der Debatte über die Zukunft der sozialen Sicherung für ein bedingungsloses Grundeinkommen stark. Astrid Rothe-Beinlich, die Thüringer Landessprecherin der *Grünen*, und Stefan Ziller vom Arbeitskreis Grundeinkommen benannten Kriterien für ein Grundeinkommen: Es müsse armutsfest und Existenzsichernd, mit einem individuellen Rechtsanspruch für Frauen und Männer, (die soziokulturelle) Teilhabe sichernd, ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgestattet sein.

21 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen. 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 23.-25. November 2007, Congress Center Nürnberg: Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit! Beschluss (vorläufig), besonders S. 20-24.

Im Ergebnis der Diskussion zur Zukunft der sozialen Sicherung stimmten die Delegierten für die Einrichtung einer Kommission, die auf der Grundlage der Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen und zu einer sozialen bzw. bedarfsorientierten Grundsicherung Vorschläge zur Weiterentwicklung des Sozialstaates erarbeiten sollte. In der Debatte selbst bestand Einigkeit darüber, dass der Sozialstaat Menschen in Notlagen unterstützen müsse. »Wir dürfen das Soziale nicht der SPD und der Linkspartei überlassen«, forderte ein Delegierter. »Auch *Die Grünen* müssen sozial sein.«

22 Adam Smith (1723-1790) sprach in seinem Werk »Der Wohlstand der Nationen« von 1776 von der »unsichtbaren Hand«, von der Wirtschaftskreisläufe gesteuert würden (Selbstorganisation des Marktes).

Auf der BDK der *Grünen* in Nürnberg Ende November 2007 entschieden sich die Delegierten dann mit knapp 60 Prozent der Stimmen für das Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung, das sich in seiner Ausgestaltung positiv von der Agenda 2010 und Hartz IV abhebt. Nach dem Beschluss zur bedarfsorientierten Grundsiche-

rung sollen die Hartz-IV-Regelsätze von derzeit 347 € auf 420 € angehoben und jährlich an die Lebenshaltungskosten angepasst werden. Der Grundsicherungsbetrag dürfe nicht durch Sanktionen gekürzt werden und solle nicht nur die materielle Existenz sichern, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Von Hinzuverdiensten bis zu 400 € im Monat sollen die Betroffenen die Hälfte, von jedem weiteren Euro 20 Cent behalten dürfen, während der Rest mit dem Arbeitslosengeld II verrechnet werde. Das Vermögen zur Altersvorsorge wollen *Die Grünen* stärker schonen, indem für jedes Jahr bis zu 3 000 € steuerfrei zurückgelegt werden können. Partnereinkommen wollen sie zudem langfristig nicht anrechnen.

Elemente des Grundeinkommens-Modells aufgreifend, sollen Kinder nicht mehr als »abgeleitete Erwachsene« behandelt werden, sondern in den Genuss einer eigenständigen Grundsicherung mit einem nach dem Alter gestaffelten Regelsatz von 300 bis zu 350 € kommen. Übernommen wird die Idee der negativen Einkommenssteuer aus dem *Grünen* Grundeinkommens-Modell. Nicht zuletzt sollen die Eltern von den Kosten für Schulmahlzeiten, Nahverkehr, Bibliotheken und für außerschulischen Sport- oder Musikunterricht entlastet werden. Schließlich soll nach skandinavischem Muster ein Programm gegen die soziale Spaltung aufgelegt werden, mit dem öffentliche Institutionen wie Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Universitäten gefördert werden.²¹

In der Kritik an der Agenda-Politik waren sich die Verfechter einer bedarfsorientierten Grundsicherung mit den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens, das im Monat 420 € für Erwachsene und 300 € für Kinder vorsah, die unabhängig von der Bedürftigkeit gezahlt werden sollten, einig. Mit der Entscheidung zugunsten der vom Bundesvorstand favorisierten bedarfsorientierten Grundsicherung bleiben *Die Grünen* anschlussfähig an Gewerkschaften wie Sozialdemokratie.

(c) *Die Papiere zur Wirtschaftspolitik*: Nachdem im Sommer 2006 unter der Federführung von Fraktionschef Fritz Kuhn ein Wirtschaftspapier mit dem Titel »MehrWert – Grüne Marktwirtschaft« erarbeitet und vorgelegt worden war, das in Anlehnung an eine These von Adam Smith²² postulierte »Die unsichtbare Hand des Marktes wird grün.«²³, reagierten Parteilinke darauf direkt oder indirekt im Frühjahr 2007 mit zwei eigenen Papieren. Sie warfen Kuhn und seinen Mitautoren vor, die Marktkräfte über zu bewerten und marktoptimistisch und wettbewerbsgläubig zu sein.²⁴

Die Autoren des Papiers »Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt«, darunter Bärbel Höhn (die frühere Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen), Jürgen Trittin (der ehemalige Bundesumweltminister) und der Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann, erinnerten an das häufige Marktversagen und plädierten für eine grüne Wirtschaftspolitik »als integraler Bestandteil eines ganzheitlichen Politikentwurfs, der den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und internationaler Solidarität verpflichtet ist.«²⁵ Gegen die Umwelt lasse sich auf Dauer kein Gewinn erzielen: »Unsere Wirtschaft steht vor einem Scheideweg. Entweder die Marktwirtschaft wird grün oder sie hat keine Zukunft.«²⁶

23 Fritz Kuhn, Biggi Bender, Matthias Berninger, Thea Dückert, Anja Hajduk, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Gerhard Schick, Margareta Wolf: MehrWert – Grüne Marktwirtschaft. AutorInnenpapier zur Vorbereitung des wirtschaftspolitischen Kongresses »Grüne Marktwirtschaft« der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 17. und 18. November 2006 in Berlin, Berlin 2006 (http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeits_wirtschaft/dok-bin/154/154194.pdf Stand: 18. 4. 2007), S. 7.

24 Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 17.04.2007.

25 Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig: Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt, o. O., 2007 (http://www.winnehermann.de/bundestag/papiere/070412_Mehr_als_Markt_lang.pdf Stand: 18. 4. 2007), Zeilen 19 und 24-30.

26 Ebenda, Zeilen 49-52.

27 Vgl. ebenda, Zeilen 43 und 76-79.

28 Vgl. ebenda, Zeilen 93-96.

29 Vgl. ebenda, Zeilen 139/140 und 146.

30 Jürgen Trittin: Die sichtbare Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 2. 7. 2007.

31 Rüdiger Sagel ist Mitte Juni 2007 aus der Partei und der Landtagsfraktion der Grünen in Nordrhein-Westfalen ausgetreten. Vgl. taz, Berlin, 16./17. 6. 2007.

32 Vgl. Rüdiger Sagel, Robert Zion, Hubertus Zebel, Werner Hager, Jürgen Klippert: *Solidarisch Wirtschaften. »Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft«*, o. O., 2007 (http://www.sagel.info/solid_wirtschaft_kurz.pdf Stand: 18. 4. 2007), S. 1.

33 Ebenda.

34 Vgl. ebenda, S. 2.

35 Fritz Kuhn: *Grüne Marktwirtschaft*, in: *Grüne Marktwirtschaft. Beiträge zur wirtschaftspolitischen Debatte bei Bündnis 90/ Die Grünen*, Berlin 2007, S. 28/29.

36 Zu den Antragstellerinnen und Antragstellern des auf der BDK eingebrachten Antrags hatten sowohl Fritz Kuhn, Christine Scheel, Anja Hajduk und Gerhard Schick als auch Bärbel Höhn und Jürgen Trittin gehört.

37 Bündnis 90/Die Grünen, 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 23.-25. November 2007, Congress Center Nürnberg: *Nachhaltig und gerecht: Grüne Marktwirtschaft. Beschluss (vorläufig)*, S. 2.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

40 Ebenda. – Diese Passage lautete in der Antragsfassung noch: »Funktionierende Märkte mit einer hohen Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen Verbrauchern und Unternehmen können effiziente Lösungen bereitstellen, weil sie abstrakte Informationen aller Art in Preise verwandeln können.«
Nachhaltig und gerecht:

Grün werde der Markt aber nicht von allein. Vielmehr müsse die Ökologisierung der Wirtschaft gegen den kurzfristigen Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden, schrieben die Autoren des Papiers »Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt«. ²⁷ An die Stelle unverbindlicher gentleman's agreements müssten daher wieder verstärkt ordnungsrechtliche Vorgaben treten, weil nur so die kurzfristige Marktlogik, die in der Regel schnellen Profit über nachhaltiges Wirtschaften setze, gebrochen werden könne. ²⁸ Grüne Wirtschaftspolitik müsse soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit neu in den Mittelpunkt rücken, verlangten die Autoren, weil grüne Marktwirtschaft immer auch soziale Marktwirtschaft sein müsse. ²⁹

Anfang Juli 2007 legte Jürgen Trittin mit dem FAZ-Artikel »Die sichtbare Hand« nach. Er unterstrich, »dass die einseitige Entfesselung globaler Marktdynamik zerstörerisch wirkt«. Das international kaum regulierte Marktgeschehen produziere mittlerweile ökologische und soziale Schäden, die kaum mehr kalkulierbar seien. Globalisierte Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte hätten einen weltweit verschärften Verteilungskampf hervorgebracht mit neofeudalen Oberklassen, neuen Armenhäusern und massiven Fragmentierungen in den Mittelschichten. Und Trittin schlussfolgerte: »Marktwirtschaft benötigt die sichtbare Hand demokratischer Regulierung.« Regeln der Kooperation und der Koordination müssten her, »die unsichtbare Hand ist per se weder grün noch gerecht«. ³⁰

Die Autoren des Papiers »Solidarisch Wirtschaften. Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft«, Robert Zion, Rüdiger Sagel ³¹ und andere Fachleute der Partei auf nordrhein-westfälischer Landesebene, warfen der Gruppe um Fritz Kuhn vor, sie wollten *Die Grünen* offensichtlich neu positionieren und sie auf Koalitionen mit CDU und FDP vorbereiten ³². Zion und seine Mitstreiter lehnten einen Ordoliberalismus, der sich zwar für einen starken Staat ausspricht, diesen aber nur als Machtinstrument zur Durchsetzung des reinen Marktes versteht, ab und kritisierten, »dass die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung ökologische, soziale und gesellschaftliche Verwerfungen hervorbringt, verschärft und als solche kaum zur Lösung der Probleme beitragen kann, die sie selbst erzeugt«. ³³ Die »unsichtbare Hand des Marktes« sei sozial und ökologisch blind. ³⁴

Ende Juli 2007 gab die Parteiführung der *Grünen* eine Broschüre »Grüne Marktwirtschaft« heraus, die die wirtschaftspolitische Debatte in der Partei durch sehr verschiedenartig argumentierende Beiträge spiegelte. Fritz Kuhn nutzte die Gelegenheit, um sich deutlich vom Papier »MehrWert – Grüne Marktwirtschaft« abzusetzen und schrieb: »Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Marktversagen verhindert wird. Die unsichtbare Hand des Marktes, die in Adam Smiths Metaphorik dafür sorgt, dass sich Eigeninteresse und Allgemeininteresse decken, kann nur funktionieren, wenn staatliche Ordnungssysteme zur Regulierung von Märkten bestehen. [...] Märkte können nur Mittel zum Erreichen höchstmöglicher Effizienz sein, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen.« ³⁵

Im Ergebnis des innerparteilichen Diskussionsprozesses sind dem auf der Bundesdelegiertenkonferenz der *Grünen* in Nürnberg Ende

November 2007 gefassten Beschluss zur »Grünen Marktwirtschaft«³⁶ – verglichen mit dem Ursprungspapier – etliche neoliberale Zähne gezogen und ökologische und soziale Leitplanken eingebaut worden. So akzeptiert man jetzt die Freiheit des Marktes nur, wenn ihn der Staat mit Regeln bündigt und die Preise die ökologische Wahrheit sagen. »Die unsichtbare Hand des Marktes, die in Adam Smiths Metaphorik dafür sorgen soll, dass sich Eigeninteresse und Allgemeininteresse decken, kann nur funktionieren, wenn staatliche und internationale Ordnungssysteme zur Regulierung von Märkten bestehen.«³⁷ Wirtschaftswachstum müsse mit einer Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen einhergehen.

Das Papier sucht einen Mittelweg zwischen neoliberalen Marktvertrauen und dem Setzen auf einen Staat, der alles regeln könne. Einerseits heißt es: »Märkte und Wettbewerb sind für Bündnis 90/Die Grünen kein Fetisch.«³⁸ Und: »Sich selbst überlassen sind Märkte sowohl ökologisch als auch in sozialer Hinsicht blind.«³⁹ Andererseits wird die Marktwirtschaft (vorsichtig) gelobt: »Die Märkten und Wettbewerb eigene Verwandlung abstrakter Informationen aller Art in Preise können zu Effizienzsteigerungen beitragen, die jedoch der qualitativen Zielbestimmung durch die Politik bedürfen.«⁴⁰

Die Abkehr der *Grünen* von neoliberalen Elementen in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist Ausdruck des Einflussverlustes der Grünen Neoliberalen in der Partei. Oswald Metzger, der in der *rot-grünen* Regierungszeit gemeinsam mit Christine Scheel, Margareta Wolf und Katrin Göring-Eckardt den finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs der *Grünen* maßgeblich bestimmt hatte und für die Durchsetzung sowohl der Senkung des Spitzensteuersatzes als auch der Agenda 2010 verantwortlich zeichnete, trat zwei Tage nach der Nürnberger BDK aus der Partei aus. Matthias Berninger, der ehemalige Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium, ging im Februar 2007 zum US-Nahrungsmittel- und Süßwarenkonzern Mars Incorporated. Margareta Wolf, früher Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, legte Ende 2007 ihr Bundestagsmandat nieder und wechselte als Managing Director zu einer Strategie- und Kommunikationsberatung.

6. Es gibt Gemeinsamkeiten in den politischen Positionen von *Grünen*, SPD und der Partei DIE LINKE. Und das, obwohl ihre Führungskreise – im verständlichen Versuch, das Profil der jeweils eigenen Partei zu schärfen – nicht müde werden, mit viel Rhetorik zu erklären, ihre Partei sei die einzig wirkliche Friedenspartei, Umweltpartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit usw. Ein Vergleich der Wahlprogramme von *Grünen*, SPD und Linkspartei zur letzten Bundestagswahl⁴¹ offenbart neben vielen Unterschieden auch eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten, die theoretisch ein gemeinsames politisches Agieren möglich machen.

Beispiel *Krankenversicherung*: Während die Union bekanntlich die »solidarische Gesundheitsprämie« (früher Kopfpauschale) einführen wollte, die im Kern gerade das Gegenteil von Solidarität bedeutet, plädierten SPD, *Grünen* und *Die Linkspartei* in ihren Wahlprogrammen – bei Unterschieden im Detail – für eine solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbständige, Beamte und Politiker, sollten einbezogen werden.

Grüne Marktwirtschaft, (Bündnis 90/Die Grünen), 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 23.-25. November 2007, Congress Center Nürnberg, (Antrag) M-01, S. 2.

41 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Eines für alle. Das grüne Wahlprogramm 2005, Berlin (2005); Die Linke. PDS: Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Vom Parteivorstand am 16. Juli 2005 beschlossener Entwurf, hrsg. vom Parteivorstand der PDS, Berlin (2005); Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD, (Berlin), 4. Juli 2005; Jochen Weichold, Horst Dietzel: Bundestagswahl 2005: Wahlprogramme der Parteien im Vergleich (rls standpunkte, Nr. 12/2005), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 3-6.

42 Die SPD hatte bekanntlich eine Unterschriftenaktion für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne initiiert, dieses Vorhaben aus Koalitionsdisziplin jedoch nicht auf der parlamentarischen Ebene verfolgt. Die Fraktion DIE LINKE brachte Mitte Juni 2007 den Aufruf zu dieser Unterschriftenaktion wortgleich als Antrag in den Bundestag ein. Die Mehrheit der SPD-Fraktion attackierte diesen Antrag als »politische Show« der LINKEN und lehnte ihn ab. Neben den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE stimmten die Fraktion der Grünen, vier Sozialdemokraten und ein Fraktionsloser für den Antrag. Vgl. FAZ, Frankfurt am Main, 15. 6. 2007.

43 Joachim Bischoff: Zwischenetappe oder histori-

scher Sieg für DIE LINKE?
In: Sozialismus, Hamburg
2007, Heft 6 (Juni), S. 3.

44 Vgl. DER SPIEGEL,
Hamburg, 2006, Nr. 28
(vom 10. 7. 2006), S. 35.

45 In Bremen wurde dieses Ziel Ende Juni 2007 in der bereits bewährten Form einer rot-grünen Koalition erreicht.

46 »Schwarz-grün ist für mich längst eine Machtop-
tion«. Jürgen Trittin über
Merkels Leistungen,
Schäubles Schmeicheleien,
Westerwelles Beweglichkeit
und Lafontaines Nationalismus
(Interview), in: Frank-
furter Allgemeine Sonntags-
zeitung, Frankfurt am Main,
2. 9. 2007.

47 Dies gilt auch für die
Wählerklientel der Öko-Par-
tei. Bei der Bundestagswahl
2005 gab es keine Nähe
zwischen den Wählern der
Union und der Grünen, wohl
aber eine zwischen den
Wählern der Grünen und
denen der SPD. Von den
Wählern, die 2005 mit der
Zweitstimme Bündnis 90/Die
Grünen wählten, gaben 56,7
Prozent ihre Erststimme der
SPD, aber nur 4,6 Prozent
der CDU/CSU. Vgl. Eckhard
Jesse: Die Bundestagswahl
2005 im Spiegel der reprä-
sentativen Wahlstatistik, in:
Zeitschrift für Parlamentsfra-
gen, Wiesbaden 2006, Heft
3, S. 520.

48 Bei einer Emnid-
Umfrage im Auftrag der
Zeitschrift »Die Zeit« im
Sommer 2007 bezeichneten
sich 76 Prozent der Anhän-
ger der Grünen als »links«,
während es bei den Anhän-
gern der Partei DIE LINKE
»nur« 64 Prozent waren.
Vgl. Die Zeit, Hamburg
2007, Nr. 33 (vom
9. 8. 2007), S. 3.

Bei der *Pflegeversicherung* wollten die Union und die FDP die Kapitaldeckung einführen. SPD, Grüne und Linkspartei plädierten auch hier für eine Bürgerversicherung.

Beispiel *Kernenergie*: Während *Die Grünen* und die SPD in ihren Wahlprogrammen am Atomausstieg festhalten wollten und die *Linkspartei* diesen Ausstieg verkürzen wollte, lehnten CDU und CSU den Atomausstieg als »umweltpolitisch und auch technologisch verheerend« ab, wollten ihn rückgängig machen und die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern.

In der Frage von *Bürgerrechten und Demokratie* zeigte sich in den Wahlprogrammen ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der *Linkspartei*, der SPD und selbst der FDP auf der einen Seite und CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisierten, war dies für die Unionsparteien kein Thema. Vielmehr liefen die von ihnen anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die Analyse der Bundestagswahlprogramme ergab, dass die Programme von *Grünen* und *Linkspartei* generell die größte Schnittmenge aufwiesen. Aktuell gibt es zwischen SPD, *Grünen* und der Partei DIE LINKE Übereinstimmung in der Forderung nach Einführung eines *gesetzlichen Mindestlohns*.⁴²

Neben den Gemeinsamkeiten existieren aber auf einer ganzen Reihe von Politikfeldern tiefgreifende unterschiedliche Standpunkte, und so gilt gegenwärtig sicher die Feststellung, die Joachim Bischoff nach der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai 2007 zog: »Die knappe arithmetische Mehrheit von Sozialdemokratie, Grünen und der Linken kann wegen gravierender inhaltlicher Differenzen nicht in eine politische Koalition transformiert werden.«⁴³

7. *Die Grünen* wollen regieren – sie wissen nur nicht mit wem. Als Joschka Fischer die politische Bühne in Deutschland verließ, erklärte er in einem viel beachteten Interview im Juli 2006: Da Rot-Rot-Grün auf Bundesebene durch Lafontaine verhindert werde, blieben in einem Fünfparteiensystem neben der Großen Koalition nur zwei Konstellationen: »die schwarze oder die rote Ampel«. Welche die besser geeignete Variante sei, darüber müssten die neuen Leute an der Spitze befinden.⁴⁴ Damit hatte der ehemalige Außenminister den *Grünen* ein Ei ins Nest gelegt, an dem die Führungsriege der Öko-Partei noch heute brütet.

Klar ist nur (und daran lassen die unterschiedlichen Akteure dieser Führungsriege auch gar keine Zweifel aufkommen), dass *Die Grünen* möglichst bald wieder in Landes- und Bundesregierungen sitzen möchten.⁴⁵ Doch existieren in der Nach-Fischer-Ära unterschiedliche Auffassungen darüber, wie man dieses Ziel erreichen kann.

Vereinfacht kann man zwei strategische Herangehensweisen ausmachen, die in der *Grünen*-Führung miteinander um die Hegemonie ringen: *Zum einen* verfechten Kräfte um Reinhard Bütikofer und Claudia Roth vom Bundesvorstand den Weg, über die Entwicklung von politischen Inhalten die Partei deutlich zu profilieren, auf dieser Basis gesellschaftlichen Rückhalt zu organisieren und dann zu schauen, was sich in welchen Koalitionskonstellationen durchsetzen lässt. *Zum anderen* fällt eine Gruppe um Fritz Kuhn und Renate

Künast von der Bundestagsfraktion ins Auge, die eher den umgekehrten Pfad einschlägt und tendenziell auf inhaltliche Prioritäten verzichtet. Sie hält erst nach möglichen Koalitionspartnern Ausschau, richtet dann unter diesem Gesichtspunkt Programmatik und Ziele aus und produziert so schwarz-grüne Gedankenspiele und Reiseangebote nach Jamaika.

Für den Ex-Bundesumweltminister Jürgen Trittin, dem man nachsagt, er wolle Joschka Fischer als »heimlicher Parteivorsitzender« beerben, ist ein schwarz-grünes Bündnis grundsätzlich eine Machtoption für seine Partei, aber schon eine Jamaika-Koalition sei inhaltlich »für *Die Grünen* das Unattraktivste, was man sich vorstellen kann«. Eine wahrscheinlichere und für *Die Grünen* günstigere Konstellation sieht er in einem Bündnis von SPD, *Grünen* und FDP. Aber: »Programmatisch wäre das Naheliegendste ein Bündnis von Sozialdemokraten, Linkspartei und Grünen«, so Trittin wörtlich in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, und er konstatierte insbesondere erhebliche programmatische Überschneidungen von *Grünen* und Linkspartei. Die Partei DIE LINKE sei jedoch »noch nicht regierungsfähig. Das wird aber nicht immer so bleiben.«⁴⁶

An der Parteibasis stoßen eine schwarz-grüne Verbindung oder eine »Schwampel« nach wie vor auf wenig Gegenliebe.⁴⁷ *Gegenwärtig* ist offen, welche Richtung *Die Grünen* hier in Zukunft einschlagen werden. Nach Nürnberg ist allerdings Jamaika weiter entfernt, als es im letzten Jahrzehnt je war.

Insgesamt verändern sich wichtige Rahmenbedingungen für das Wirken der *Grünen*. Zu diesen Veränderungen gehört die Herausbildung der neuen, gesamtdeutschen Partei DIE LINKE aus PDS und WASG. So lange die PDS in den alten Bundesländern politisch bedeutungslos blieb, besetzten *Die Grünen* problemlos den Platz links von der SPD im Parteiensystem.⁴⁸ Mit dem Aufkommen der WASG und erst recht der neuen Partei DIE LINKE wird ihnen dieser Platz streitig gemacht, eröffnet sich eine linke Alternative zu den Grünen. Nach neuesten Analysen kann sich immerhin ein Drittel der *Grünen*-Anhänger für die Politik-Angebote der Partei DIE LINKE erwärmen.⁴⁹

Insbesondere die Führung der Öko-Partei wird sich entscheiden müssen, ob sie den bisher angestammten Platz links von der SPD im Parteiensystem freiwillig räumt oder ob sie um ihn kämpft. Da vor allem junge Menschen in Groß- und Universitätsstädten ein ambivalentes Verhältnis zu den *Grünen* und zur Partei DIE LINKE haben, sich Einfluss-Milieus überlappen, wird hier langfristig über die Zukunft der Partei entschieden.

49 Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg 2007, Nr. 27 (vom 2. 7. 2007), S. 32. – Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Juli 2007 antworteten auf die Frage »Einmal angenommen, die SPD bildet nach der nächsten Bundestagswahl mit der Linken eine Regierung. Wären Sie damit einverstanden oder eher nicht einverstanden?« 36 Prozent der Grünen-Anhänger mit »Einverstanden«. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 18. 7. 2007. Damit korrespondiert auch ein Ergebnis einer Vorwahlumfrage zur Bundestagswahl 2005. Damals präferierten 76 Prozent der Wählerschaft der Grünen eine »Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt«, gegenüber 17 Prozent der Grünen-Anhänger, die demgegenüber eine »Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt«, vorzogen. Vgl. Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei. PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden 2006, Heft 3, S. 532.

JAN KORTE

Unrecht kennt keinen Verrat

Die Debatte um den Kriegsverrat

Der Soldat Adalbert von Springer wurde am 18. September 1943 hingerichtet. Kurz zuvor wurde er wegen »Kriegsverrat« nach § 57 des Militärstrafgesetzbuches (MStGB) durch das Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt. Sein Vergehen: Er hatte in einem Flugblatt Offiziere aufgefordert, den Krieg zu beenden. Ein anderer – unbekannter – Soldat wurde am 9. Mai 1944 wegen Kriegsverrat zum Tode verurteilt. Er hatte versucht, dreizehn jüdische Menschen in Ungarn zu retten. Robert Albrecht, ein Gefreiter, setzte sich für britische Kriegsgefangene ein. Das Reichskriegsgericht verurteilte ihn unter anderem wegen »Kriegsverrat« am 5. August 1942 zum Tode. Oberstleutnant Harro Schulze-Boysen, maßgeblicher Kopf der Widerstandsorganisation *Rote Kapelle*, einer Gruppe von Soldaten, Offizieren, Künstlern aus allen politischen Richtungen, wurde mit vielen anderen am 19. Dezember 1942 wegen »Kriegsverrats« verurteilt und hingerichtet.

Alle zuvor genannten Opfer der NS-Militärjustiz und viele andere wurden jetzt akribisch in einem hervorragenden Band von Wolfram Wette und Detlef Vogel dokumentiert.¹ Der »Kriegsverrat«, dem tausende vor allem einfacher Soldaten zum Opfer gefallen sind, wurde weder im *Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte* vom 25. 8. 1998 erwähnt, noch im *Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege* vom 23. 7. 2002, in dem damals wegweisend, nach langen Kämpfen, die Deserteure rehabilitiert wurden.² Nicht aber die »Kriegsverräter«.

Wolfram Wette und Detlef Vogel kommt jetzt das große Verdienst zu, dieses dunkle Kapitel der NS-Militärjustiz umfänglich dokumentiert und ebenso deutlich skizziert zu haben, welch vergangenheitspolitischer Skandal die nicht-pauschale Rehabilitierung der »Kriegsverräter« bis heute ist. Denn praktisch bedeutet dies für die Opfer, dass sie bis heute eine Einzelfallprüfung über sich ergehen lassen müssten. Neben der umfangreichen Dokumentation vieler Einzelfälle, samt zugehörigen Dokumenten des Reichskriegsgerichts, geben Wette und Vogel einen kurzen und prägnanten Überblick über die ideologische und praktische Funktion des Kriegsverratsparagrafen. Im militärischen Denken bedeutete »Kriegsverrat« »Landesverrat im Felde«, also durch Soldaten begangen, die damit den Feind begünstigten. Im NS-Faschismus wurde der Kriegsverratsparagraf wesentlich ausgedehnt und vor allem unbestimmter und damit als ra-

Jan Korte – Jg. 1977, geboren in Osnabrück, 1999 bis 2005 Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Hannover Politikwissenschaftler M. A. Ehem. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 2004 bis 2007 Mitglied des Parteivorstandes der PDS. Seit Juni 2007 Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE. Seit 2005 Mitglied des Bundestages und dort Mitglied des Innenausschusses. Stellv. Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe

1 Vgl. Wolfram Wette, Detlef Vogel: Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat, Aufbau Verlag Berlin 2007, S. 89-143.

2 Vgl. Manfred Messerschmidt: Vorwort, in: Wette, Vogel, ebenda, S. 11.

dikales Willkür- und Terrorinstrument, was in der Regel mit dem Tode bestraft wurde, nutzbar gemacht.³

Wette und Vogel illustrieren kompakt die Uferlosigkeit dieses Terrorparagrafen und erklären damit, warum so viele Menschen wegen »Kriegsverrats« verurteilt und umgebracht wurden: »Während die übrigen Landesverrats-Bestimmungen des Strafgesetzbuches qualifizierte Tatbestände beschreiben (also für Zivilisten, J. K.), enthält der – für die 1934 vorgenommene Neudefinition des Kriegsverrats entscheidende – § 91 b die unscharfen Begriffe »Vorschub leisten« und »Nachteil zufügen«. Mit der damit ermöglichten »elastischen« Gesetzesanwendung eröffneten diese den Wehrmichtsrichtern einen unbegrenzten Handlungsspielraum.«⁴ Zusammengefasst arbeiten Wette und Vogel heraus, dass der »Kriegsverrat« ein entscheidendes Terror- und Willkürinstrument, also »das eigentliche politische Delikt, das Soldaten im Kriege begehen konnten,«⁵ war. Insbesondere mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurde der Kriegsverrat als zentrales Mittel zur Ausschaltung von Ungehorsam, politischer Abweichung und völliger Disziplinierung genutzt.

Die Autoren erteilen denjenigen eine Absage, die nach wie vor die Wehrmacht und damit auch ihre Justiz aus dem NS-Regime exkulpieren wollen: »Die NS-Militärjustiz folgte dem Willen der nationalsozialistischen Führung und betätigte sich als regelrechte Terrorjustiz im Dienste der Fortsetzung des Krieges.«⁶ Trifft es zu, und dies belegen alle Studien der vergangenen Jahre, dass die NS-Militärjustiz grundsätzlich als Teil des nationalsozialistischen *Gesetzlichen Unrechts* (Radbruch) zu verstehen ist, so ist es umso unverständlicher, warum die »Kriegsverräter« und damit der Widerstand des »kleinen Soldaten« bis heute nicht pauschal rehabilitiert wurden. Bereits 1999 analysierte der Hannoversche Politikwissenschaftler Prof. Dr. Joachim Perels anhand eines wegweisenden Urteils des Bundessozialgerichtes: »Es (das Gericht, J. K.) erkennt, dass die – als Teil der diktatorischen Exekutivgewalt fungierende – Militärgerichtsbarkeit wesentlich keinen rechtsstaatlichen Charakter besaß. Das Gericht charakterisiert die Militärjustiz mit dem Schlüsselbegriff Fraenkels als Teil des Maßnahmenstaates⁷, der individuelle und kommunikative Rechtspositionen zu politischen Machtzwecken beliebig beseitigen kann.« Perels arbeitet heraus, dass damit ein wesentlicher Erkenntnisgewinn in Teilen von Justiz und Politik erreicht wurde, was sich dann 2002 bekanntlich in der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure widerspiegelte: »Nicht nur die Wehrmachtsgerichtsbarkeit, auch die SS-Standgerichtsbarkeit und das staatswirtschaftlich organisierte System der Zwangsarbeit werden in exemplarischen Entscheidungen auf der Basis rechtsstaatlicher Maßstäbe entlegitimiert: Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter besitzen nun unverrückbare Rechtspositionen, die ihnen von der Nachkriegsjustiz abgesprochen wurden.«⁹ Nur fehlen bis heute eben die »Kriegsverräter«.

Damit nähern wir uns der Frage: »Warum fehlen jene Kriegsverräter« und damit also der Ungehorsam und Widerstand des kleinen Soldaten? Wette und Vogel zeichnen die vergangenen Debatten stichpunktartig nach und lenken den Blick darauf, dass es in der Bundesrepublik einen größeren Schwerpunkt in der Auseinanderset-

3 Vgl., ebenda, S. 15.

4 Ebenda, S.18/19.

5 Ebenda, S. 20.

6 Ebenda, S. 31.

7 Der Begriff des *Maßnahmenstaates* ist die entscheidende Charakterisierung der NS-Gesellschaft in Ernst Fraenkels »Der Doppelstaat«. Fraenkel skizziert den Maßnahmenstaat als unbeschränktes, willkürliches Gewaltsystem, ohne Menschlichkeit, was parallel zum Normenstaat existiert, der vor allem die Aufgabe hat, den Schutz des Privateigentums zu realisieren. Vgl. hierzu: Michael Buckmiller, Dietrich Heimann, Joachim Perels (Hg.): *Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller*, Hannover 2000.

8 Joachim Perels: *Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«*. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/Main und New York 1999, S. 36.

9 Ebenda, S. 36/37.

10 Die umfangreichste Gesamtdarstellung der Vergangenheitspolitik liefert der Historiker Norbert Frei. Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1999.

11 Ulrich Herbert: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, Bonn 1996, S. 15.

12 Seitdem fand kein Prozess gegen Angehörige der Wehrmacht in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik statt.

13 Das Nürnberger Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher, also gegen Göring, Speer, Heß u. a. fand übrigens in der Öffentlichkeit keinen hörbaren Widerspruch. Dies hängt damit zusammen, dass damit natürlich die Projektion der Schuld auf einige wenige Täter in der Selbstwahrnehmung der Bevölkerung begünstigt wurde.

14 Frei, a. a. O., S. 161.

15 Alle Zahlen: vgl. ebenda, S. 235.

16 Neben der Reinwaschung der Wehrmacht darf nicht vergessen werden, welche Rehabilitierungsmaßnahmen es noch gab: Eines der ersten Gesetze der Bundesrepublik überhaupt war das Straffreiheitsgesetz von 1949, was besonders mittleren Nazi-Größen diente. Gefolgt vom Straffreiheitsgesetz von 1954, was Gewalt- und Tötungsdelikte amnestierte, die zwischen 1. 10. 1944 und 31. 7. 1945 begangen wurden, sofern die Strafe

zung und Anerkennung des Widerstandes der gesellschaftlichen Eliten (20. Juli) gegeben hat, auch wenn dieser in den 50er und 60er Jahren erst mühsam gegen den erbitterten Widerstand der Bürgerlichen erkämpft werden musste. Dabei ist von vergangenheitspolitisch zentraler Bedeutung – bis heute – der Versuch von Geschichtsrevisionisten und Konservativen, die Wehrmacht vom NS-Unrechtssystem zu trennen, also die Mär von der *sauberen Wehrmacht* aufrecht zu erhalten, was über Jahrzehnte hin äußerst erfolgreich betrieben wurde.¹⁰ Dabei war das entscheidende Mittel jener Schuldabwehr die Reduzierung auf die *wirklich Schuldigen* (Adenauer), meistens Hitler, Himmler und Goebbels, allesamt seit 1945 tot, und die Täterzuschreibung auf den proletarischen, blutrünstigen KZ-Wächter, nicht aber auf die gesellschaftlichen Funktionsträgereliten, und dabei insbesondere die Wehrmacht. Ulrich Herbert hat dieses Täterbild und seinen Gehalt in seiner Untersuchung über den Justiziar der SS, Werner Best, pointiert dargestellt: »*Nicht der Gestapo-Chef oder der Einsatzgruppen-Kommandant, sondern der SA-Schläger und KZ-Bewacher standen hier für das Bild des NS-Verbrechers.*«¹¹

Spätestens mit Beginn des Kalten Krieges und eines damit möglichen Wehrbeitrages der Bundesrepublik wurde die Abtrennung der Wehrmacht vom NS-Regime vollzogen. Die von den Alliierten auch und gerade gegen die Wehrmachtsführung durchgeführten Prozesse und damit die Strafverfolgung wurden insgesamt zum Auslaufen gebracht.¹² Die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen ranghohe Wehrmachtsfunktionäre stießen auf erbitterten Widerstand nicht nur der ehemaligen NS-Eliten, sondern wurden auch von breiten Kreisen der Bevölkerung getragen, die in der Rehabilitierung der Wehrmacht ein probates Mittel zur Selbstentschuldung sahen.¹³ Der Historiker Norbert Frei fasst die Symbiose von öffentlicher und veröffentlichter Meinung in Zusammenspiel mit den ehemaligen NS-Eliten zusammen: »*Im Laufe des Jahres 1949 nämlich war das Hilfskartell der Kriegsverbrecher organisatorisch und politisch in Dimensionen hineingewachsen, die es in der Tat nicht mehr erlaubten, darin nicht mindestens ein potentiell Problem für die Demokratie zu sehen.*«¹⁴

Die bundesdeutsche Politik akzeptierte die Bedingung der Wehrmachtseliten und gab eine *Ehrenerklärung* zugunsten der deutschen Soldaten insgesamt ab, wofür diese sich als Gegenleistung mit dem Aufbau der Bundeswehr und dem Versprechen, sich in den neuen nunmehr demokratischen Staat zu fügen, revanchierten. Praktisch bedeutete dies, dass die Zahl der inhaftierten Kriegsverbrecher von 1950 bis 1952 von 3 400 auf 1 258 sank. Anfang 1955 saßen gerade noch 30 Personen in den Kriegsverbrechergefängnissen der Amerikaner.¹⁵ Die Durchsetzung dieser Reinwaschung wurde ideologisch und tagespolitisch antikommunistisch abgestützt. Der Antikommunismus dieser *restaurativen Epoche* (Walter Dirks) hatte neben der Diskreditierung und Abwehr gesellschaftlicher Alternativen vor allem die Funktion, die Rückkehr der alten NS-Eliten in Amt und Würden ideologisch abzusichern.¹⁶ Auf die Wehrmacht bezogen, bedeutete der Antikommunismus natürlich auch eine letztendliche Legitimierung des Krieges gegen die Sowjetunion. Wenn der Antikommunismus – übrigens ein substanzieller Bestandteil der NS-Ideologie, der weiter lebte und nutzbar war – die staatliche Doktrin

ist und dazu noch eine außenpolitische Entsprechung fand, so gab es für die Wehrmachtseliten auch keinen Grund, das eigene, verbrochene Handeln in Frage zu stellen. Der Leiter der ersten Wehrmachtsausstellung Hannes Heer kommt zum selben Schluss: »*Der Kalte Krieg und die Staatsdoktrin des Antikommunismus taten ein übriges, den Verbrechen der Wehrmacht in Polen, in der Sowjetunion und auf dem Balkan im nachhinein sogar den Anschein von Berechtigung zu verleihen.*«¹⁷

Diese vergangenheitspolitischen Marksteine, bestehend aus einer gesetzlichen Rehabilitierungspolitik von NS-Tätern, der Reduzierung auf wenige wirklich Schuldige, der Denunziation der juristischen Aufarbeitung als *Siegerjustiz*, die (Selbst-)Stilisierung der Deutschen zu *doppelten Opfern*, erst Hitlers, dann der Alliierten und ihrer Entnazifizierung, die Abwehr der so genannten *Kollektivschuldthese*¹⁸, ein fast schon staatsreligiöser Antikommunismus samt exkulpierender Totalitarismustheorie¹⁹ und nicht zuletzt die *Ehrenerklärung* für die Wehrmacht und damit die Herauslösung eines entscheidenden Trägers des NS-Regimes aus der Verantwortung, bestimmen teils bis heute die Debatten um alles, was mit Verbrechen der Wehrmacht zusammenhängt²⁰. Diese skandalösen geschichtspolitischen Weichenstellungen der 50er Jahre wirken bis heute fort, auch und gerade bei der Debatte um die Kriegsverräter. Norbert Frei hat diese Nachwirkungen schon 1999 pointiert beschrieben: »*Die Fama vom unbefleckten Schild der Wehrmacht, von dem von ihr (im Unterschied allenfalls zu eng begrenzten Teilen der SS) geführten »normalen Krieg«, wurde im Kampf um die Freilassung inhaftierter Soldaten Anfang der fünfziger Jahre in einer Weise genährt, die ihre geschichtswissenschaftliche Widerlegung bis in die achtziger Jahre hinein äußerst schwierig machte.*«²¹

Erst Mitte der 60er und 70er Jahre bröckelte der Mythos der *sauberen Wehrmacht*, rückte der Widerstand insgesamt mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Er kämpft durch Menschen wie Eugen Kogon, Walter Dirks, Martin Niemöller, Wolfgang Abendroth, der von Fritz Bauer vorangetriebene Auschwitz-Prozess, die Arbeit vieler linker und kritischer kleiner Zeitungen und nicht zuletzt durch den gesellschaftlichen Umbruch von Achtundsechzig, konnte ein zunehmend kritischer Umgang auch mit den Verbrechen der Wehrmacht und der NS-Justiz durchgesetzt werden. »*Mit dem Erscheinen verschiedener wichtiger Studien über die Wehrmacht, ihr Verhältnis zum NS-Regime, ihre Indoktrinierungspolitik und ihre Verstrickung in die nationalsozialistischen Verbrechen erfuhr die traditionell apologetische Sichtweise eine grundsätzliche Korrektur, [...]*«²²

Trotz dieser mühseligen Fortschritte in der Geschichtspolitik mussten und müssen politische und wissenschaftliche Standards immer wieder verteidigt und erkämpft werden. Besonders bei den neuen Aufgüssen der Totalitarismustheorie, wie etwa dem Historikerstreit 1986²³, den Nachwirkungen des DDR-Untergangs, die genutzt wurden, die Auseinandersetzung mit dem NS-Faschismus für nicht mehr dringlich zu erklären²⁴, den Diskussionen um die Wehrmachtsausstellung oder die Debatte und Behauptungen im Zuge des Erscheinens des Schwarzbuchs des Kommunismus 1998.

Bei all diesen Debatten, in denen übrigens die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht die heftigsten Wallungen auslös-

nicht über drei Jahre lag. Zu vergessen auch nicht die »131er«-Regelung, die die Rückkehr der Berufsbeamten, die von den Alliierten als besonders eifrige Nazis eingestuft worden waren und vieles andere mehr. Hierzu: Frei, a. a. O. sowie Perels, a. a. O.

17 Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004, S. 26.

18 Die Abwehr der so genannten Kollektivschuldthese mutet äußerst bizarr an, wurde sie doch von niemandem behauptet. Vielmehr kann man in der Bevölkerung nach 1945 in dieser Abwehrarbeit eine Projektion erkennen, die dazu diente sich mit der eigenen Verstrickung und Bejahung des NS-Regimes nicht auseinanderzusetzen. Vgl. hierzu auch: Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München 1999, S. 76.

19 Zum Thema Antikommunismus und Vergangenheitspolitik: Jan Korte: Entstehung, Funktion und Gehalt des Antikommunismus in der Geschichte der Bundesrepublik. Magisterarbeit Hannover 2005. (Unveröffentlicht).

20 Alle anderen Fragen, inwieweit die Vergangenheitspolitik der Adenauerära die weitere gesellschaftliche Entwicklung bestimmte, muss an anderer Stelle dargelegt werden. Aktuell hierzu: Joachim Perels: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004.

21 Frei, a. a. O., S. 305.

22 Omer Bartov: Wem gehört die Geschichte. Wehrmacht und Geschichtswissenschaft, in: Hannes Heer, Klaus Naumann: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 606.

23 Hierzu als gelungener Überblick: Richard J. Evans: Im Schatten Hitlers? Frankfurt/Main 1991.

24 Vgl.: Klaus Körner: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Hamburg 2003.

25 Gesetzentwurf der Abgeordneten Jan Korte, Ulla Jelpke ... und der Fraktion DIE LINKE: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege. Bundestagsdrucksache 16/3139.

26 Vgl. Bundestagsdrucksache 14/8276.

27 Wolfram Wette: Wegen »Kriegsverrats« verurteilt, in: Frankfurter Rundschau, Nr.137. 16. Juni 2007, S. 34.

ten, ging es immer um die bundesdeutsche Vergangenheitspolitik insgesamt, wobei es für eine Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht immer auch darum gehen muss, die Opfer nicht verschwinden zu lassen, genauso wenig wie die Täter aus der individuellen Verantwortung zu entlassen. Und genau dies geschieht bei der aktuellen Debatte um die Rehabilitierung der »Kriegsverräter«. Und die Ursachen hierfür liegen in der Vergangenheitspolitik der BRD insgesamt, wie ich versucht habe aufzuzeigen.

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat in enger Abstimmung mit dem bekannten Deserteur Ludwig Baumann und seiner *Vereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.* einen Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der »Kriegsverräter« in den Bundestag eingebracht.²⁵ Dem vorausgegangen war ein jahrelanges Bemühen Ludwig Baumanns und seiner Bundesvereinigung, die Verurteilungen wegen »Kriegsverrat« aufzuheben. In einem Brief von Ludwig Baumann an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) vom 31. März 2006 heißt es: *»Sehr geehrte Frau Ministerin, kein Straftatbestand wurde während der NS-Zeit so grausam verfolgt wie Kriegsverrat (Landesverrat im Krieg) des einfachen Soldaten. Es wurden ausschließlich Todesurteile verhängt und vollstreckt.«* Und weiter bittet Baumann die Ministerin zu bedenken: *»Dabei lässt sich nicht ernsthaft bestreiten, dass Millionen Zivilisten, KZ-Insassen und Soldaten nicht hätten zu sterben brauchen, wenn mehr Kriegsverrat begangen worden wäre.«*

Mit Schreiben vom 25. April 2006 antwortete die sozialdemokratische Ministerin auf Baumanns Anliegen unter anderem: *»Ausdrücklich nicht aufgenommen (in das Gesetz von 2002²⁶, J. K.) wurden Straftatbestände, bei denen die Aufhebung des Urteils ohne Einzelprüfung nach wie vor nicht verantwortbar erschien. Hierzu gehörte vor allem der Kriegsverrat (§§ 57, 59, 60 MStGB). Der in Fällen des Kriegsverrats möglicherweise gegebene Unrechtsgehalt (nicht ausschließbare Lebensgefährdung für eine Vielzahl von Soldaten) erschien äußerst hoch, so dass auch der Umstand, dass sie während eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges begangen worden sind, keinen Anlass zur pauschalen Rehabilitierung begründen konnte.«* Abgesehen davon, dass die Ministerin keinen einzigen praktischen Beleg für die Behauptung liefert, dass bei einem Fall von Kriegsverrat eine Lebensgefährdung für eine Vielzahl deutscher Soldaten bestanden hätte, fragt man sich logischerweise, was überhaupt rechts an dem zentralen Terrorparagrafen »Kriegsverrat« gewesen sein könnte. Noch einmal zur Erinnerung: In einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau vom 16. Juni 2007 kennzeichnet Wolfram Wette eindringlich den grundsätzlichen Unrechtscharakter dieses militärjuristischen Terrorinstruments: *»Für Kriegsverrat führte die nationalsozialistische Reichsregierung generell die Todesstrafe ein. Wir haben es bei den ab 1934 gültigen Kriegsverrats-Bestimmungen also mit radikalisiertem NS-Recht zu tun, und nicht mit in gleicher Weise schon früher gültigem Kriegsrecht.«²⁷* Daher erschließt sich weder die Antwort der Ministerin, noch leuchtet es ein, warum diese Kriegsverratsbestimmungen nicht schon lange als *gesetzliches Unrecht* anerkannt sind und die Opfer rehabilitiert wurden.

Trotz dieser fragwürdigen politischen Mehrheit gegen die pauschale Rehabilitierung dieser NS-Opfer gibt es aber zunehmend auch deutliche Gegenpositionen. So verabschiedete der 31. Deutsche Evangelische Kirchentag 2007 eine Resolution, in der auf diesen Skandal aufmerksam gemacht wird und fordert: »Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mögen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie von Wolfram Wette/Deleef Vogel (Hrsg.), *Das letzte Tabu – NS-Militärjustiz und ›Kriegsverrat‹*, Aufbau-Verlag Berlin 2007, zur Kenntnis nehmen und in die weiteren Beratungen zur Rehabilitierung einbeziehen. Es wird empfohlen, die mit dem Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion Die Linke (Drs. 16/3139 vom 25. 10. 2006) angeregte pauschale gesetzliche Rehabilitierung der wegen ›Kriegsverrats‹ verurteilten NS-Opfer bald zum Abschluss zu bringen.«²⁸

Dem vorausgegangen war allerdings am 10. Mai 2007 die erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE. Als ob man in die 50er Jahre zurückkatapultiert würde, begründete der CDU/CSU-Abgeordnete Norbert Geis die Ablehnung einer pauschalen Rehabilitierung: Bereits eingangs fragt Geis und zeigt auf, wessen Geistes Kind er ist: »Man fragt sich natürlich, warum mehr als 60 Jahre nach Ende der Nazizeit immer noch die Forderung kommt, Urteile aus dieser Zeit pauschal aufzuheben. Pauschal heißt, ohne Prüfung des Einzelfalls, ohne sich die Frage zu stellen, ob einzelne Urteile damals bei allen Abstrichen, die man machen muss, nach den damaligen Umständen nicht doch rechtens gewesen sein könnten.«²⁹ Trotz der Filbinger-Debatten *Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein*³⁰ ist es doch schier unglaublich, dass sich im Jahre 2007 ein Vertreter einer Regierungsfraktion hinstellt und in einer Debatte zur Rehabilitierung von »Kriegsverrättern« fragt, ob einzelne Urteile nicht doch rechtens gewesen sein könnten. Ein völliger Zynismus ist genauso, sich darüber zu beklagen, dass nach 60 Jahren abermals über Urteile aus der NS-Zeit diskutiert wird. Anstatt den Skandal zu erkennen, dass dies vorher eben nicht geschehen ist und die Auseinandersetzung die letzten 60 Jahre mehrheitlich von Verdrängung, Relativierung und Ignoranz geprägt wurde, wie gerade die neuen Untersuchungen und Studien belegen, möchten maßgebliche Teile der Politik offenbar nicht mehr belästigt werden. Schlussstrich die Zehnte?

Aber damit nicht genug. In besagter Aussprache fährt Geis fort, warum die CDU/CSU 2002 die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure abgelehnt habe und auch heute die Rehabilitierung der »Kriegsverräter« ablehne: »Wer Kriegsverrat beging, hat oft in einer verbrecherischen Weise den eigenen Kameraden geschadet, ja sie oft in Lebensgefahr gebracht, in der sie dann auch umgekommen sind, dies zum Beispiel dann, wenn der Verräter zu den feindlichen Linien überwechselte und, um sich dort lieb Kind zu machen [...]«³¹ Welche Geringschätzung von widerständigem Verhalten allein in der Begrifflichkeit »lieb Kind zu machen« steckt, sagt alles über die offensichtlich noch heute tonangebenden National-Konservativen und deren Verfasstheit, denen Gehorsam alles und Widerständigkeit gegen Unrecht suspekt ist, aus. Geis fährt fort, dass die Übermittlung von Informationen an die alliierten Truppen auch heute noch zu verurteilen sei: »Der Verräter hat in diesen Fällen auch nach unseren

28 31. Deutscher Evangelischer Kirchentag. Köln 2007: Entschließung: Kriegsverrat rehabilitieren! – Das letzte Tabu des NS-Unrechts tilgen!

29 Deutscher Bundestag-16. Wahlperiode, 97. Sitzung. Berlin, Donnerstag den 10. Mai 2007, S. 9971-9973

30 Erwähnt seien nur die Studien von Norbert Frei, Helmut Dubiel, Joachim Perels, Michael Klundt, Hannes Heer, Rolf Pohl und vieler anderer, die dezidiert nachgewiesen haben, wie es um den Umgang mit der NS-Zeit in der Bundesrepublik gestanden hat.

31 Rede Geis, a. a. O., S. 9972

32 Ebenda, S. 9972.

heutigen Maßstäben verwerflich behandelt.«³² Nach unseren heutigen Maßstäben? Joachim Perels hat deutlich gemacht, wie gerechte und an Empathie mit den Opfern orientierte Maßstäbe gerade im Hinblick auf die Wehrmachtsjustiz, die eben substanzieller Bestandteil des weltanschaulichen Vernichtungskrieges gewesen ist, aussehen müssten: »Gefordert ist die straf- und völkerrechtlich begründete Distanz zu dem in Normen und Befehlen gekleideten Weisungssystem der Wehrmacht, das weitgehend einer maßnahmen-staatlichen Logik der Vernichtung der Rechtspositionen von Kriegsgegnern und Zivilisten unterlag und daher als Bezugsgrundlage für die Beurteilung von Tötungsaktionen ausscheiden musste.«³³

33 Perels, a. a. O., S. 31.

Geis fährt fort, dass die Behauptung, der Kriegsverrat sei immer *politisch und moralisch* motiviert, falsch sei, ohne hierfür irgendeinen Beleg zu liefern. Wette und Vogel haben in ihren Forschungen das Gegenteil wissenschaftlich fundiert nachgewiesen. Das hat der Abgeordnete Geis nicht zur Kenntnis genommen, denn er endet mit der schier unglaublichen Aussage: »Aber auch in einem ungerechten Krieg müssen Rechtsregeln gelten, kann nicht das Verbrechen der Verrates generell als gerechtfertigte Tat abgesegnet werden.«³⁴ Das entscheidende Charakteristikum am deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg ist ja gerade das Aussetzen von Rechtsregeln wie beispielsweise der Haager Landkriegsordnung. Erinnert sei an den Kommissarbefehl, an die maßgebliche Beteiligung der Wehrmacht an der Vernichtung von jüdischen Frauen, Männern und Kindern durch die Einsatzgruppen, die systematische Kriegsführung der *verbrannten Erde* oder die Verantwortung für das Sterben von Millionen russischer Kriegsgefangener.³⁵ Diese Kriegsführung war nicht *normal*, sondern wurde mit dem Ziel geführt, Millionen von Menschen auszurotten, es war ein Weltanschauungskrieg, der sich eben über alle bis dahin geltenden Kriegsregeln hinwegsetzte.

34 Rede Geis, a. a. O., S. 9973.

35 Hannes Heer zitiert unter anderem auch die »Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland«. Dort heißt es unter bewusster Negation aller Rechtsregeln: »Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes (sic!, J. K.).« Heer, a. a. O., S. 87.

Außer der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen lehnten sowohl SPD als auch FDP den Antrag rundweg ab. Der Abgeordnete und Major der Bundeswehrreserve Jörg van Essen (FDP) verstieg sich dabei zu folgender Eingangsbemerkung: »Ich finde es fast schon *gespenstisch*, dass wir uns heute mit diesem Antrag beschäftigen. Es hat den Eindruck, man hätte es hier mit Untoten zu tun. Wie oft – das müssen sich die Antragsteller von der Linksfraktion fragen lassen – wollen wir uns denn noch mit den Schandurteilen aus der NS-Zeit beschäftigen?«³⁶ Diese Einschätzung spricht für sich und offenbart doch ein Denken, was prägend für die Entwicklung der Bundesrepublik gewesen ist. Diese erste Lesung des Gesetzes zur Rehabilitierung der »Kriegsverräter« macht die nach wie vor dominierende Vergangenheitspolitik kenntlich. Es muss bei Aussagen wie sie Geis und van Essen noch heute ohne Aufschrei machen können daran erinnert werden, dass erst vor vier Jahren (!) die Unrechtsurteile der Wehrmachtsjustiz – außer Kriegsverrat – aufgehoben wurden. Und wahr ist auch die eigentlich logische Erkenntnis, wie sie Eckart Spoo in der Zeitschrift *Ossietzky* im Juni 2006 äußerte: »Millionen Zivilisten, KZ-Häftlinge und auch Soldaten hätten nicht mehr zu sterben brauchen, wenn mehr Wehrmachtangehörige den schändlichen, ganz und gar verbrecherischen Krieg verraten hätten.«³⁷

36 Rede Jörg van Essen, Bundestagsprotokoll, a. a. O., S. 9974.

37 Eckart Spoo: Kriegsverrat, in: *Ossietzky*, Nr. 12/2006, S. 444.

Die aktuelle Debatte um die »Kriegsverräter« zeigt also, dass noch ein ganzes Stück an Aufklärungsarbeit und geschichtspolitischer Debatte zu leisten ist. Immerhin, mit der nun vorgelegten Studie von Wette und Vogel gibt es nun auch für die Politik eine wissenschaftlich fundierte Studie, die deutlich macht, dass die »Kriegsverräter« aus politischen, ethischen, pazifistischen Gründen gehandelt haben, oder sich einfach der Kriegsmaschinerie widersetzt haben, oft einfach nur Menschlichkeit an den Tag legten. Dem konnte sich am 21. Juni 2007 auch die zuständige Justizministerin nicht entziehen. Bei ihrer Festrede zur Eröffnung der Ausstellung »Was damals Recht war,...– Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht« sagte Ministerin Zypries in Anwesenheit unter anderem von Ludwig Baumann: *»Ich meine, dass diese Studie (die von Wette, Vogel, J. K.) dem Gesetzgeber Anlass geben sollte, neu darüber zu diskutieren, ob man nicht auch die Verurteilungen wegen Kriegsverrat pauschal aufheben sollte.«* Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion³⁸ teilte die Bundesjustizministerin mit, dass sie zu ihrer Aussage stehe und dass »neue wissenschaftliche Erkenntnisse für die Gesetzgebung zu berücksichtigen sind und die neue Studie der Militärhistoriker Wolfram Wette und Detlef Vogel dem Gesetzgeber Anlass geben sollte, neu darüber zu diskutieren, ob nicht auch die Verurteilungen wegen Kriegsverrats pauschal aufgehoben werden sollte«.

Soweit, so erfreulich der Fortschritt in dieser Frage. Auf die Frage allerdings *»Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass in Bezug auf die Änderung des NS-AufhG Eile geboten ist, da es politisch nicht hinnehmbar ist, auch über 60 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur noch immer nicht alle Opfer dieser rehabilitiert wurden?«*, antwortete selbige: *»Nein. Gegen eine Eilbedürftigkeit spricht insbesondere der Umstand, dass bereits heute auf Antrag oder von Amts wegen durch Einzelfallprüfung festgestellt werden kann, dass die NS-Militärgerichtsurteile wegen Kriegsverrats aufgehoben sind und Schwierigkeiten bei der Aufhebung nicht festgestellt werden konnten.«*³⁹

Keine Eilbedürftigkeit?

1967 erschien von Alexander und Margarete Mitscherlich, das bahnbrechende Werk »Die Unfähigkeit zu trauern«, in dem man auch heute noch Erklärungsansätze für die Denk- und Verhaltensstrukturen eines Norbert Geis und dem offensichtlich nicht mehrheitsfähigen Anliegen »Kriegsverräter« zu rehabilitieren finden kann. Detailliert skizzieren die Mitscherlichs das von Abwehr und Verdrängung geprägte Verhalten der Deutschen nach 1945. Mit Blick auf die hier dargestellte Debatte erkannten sie bereits vor 30 Jahren, warum die bundesdeutsche Gesellschaft mit Emigranten, Deserteuren und Kriegsverrättern so wenig anfangen konnte, geschweige denn in ihnen ein Identifikationsmoment finden zu können. Sie schreiben 1967 zur Verfasstheit der vergangenheitspolitischen (Nicht) Debatten und zu den damals von den Konservativen angewandten Verräter-Kampagnen gegen Willy Brandt: *»Wir erkennen unsere Vergangenheit besser im Ritterkreuzträger als im deutschen Emigranten. Das hat Willy Brandt offenbar, wenn man der vox populi trauen darf, den Sieg gekostet. Er sollte schon 1933 mehr gesehen, richtiger entschieden haben als wir alle? Falls der Gedanke überhaupt zugelass-*

38 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte u. a. und der Fraktion DIE LINKE »Initiative der Bundesregierung zur Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter«. Bundestagsdrucksache 16/6089.

39 Ebenda, S. 3.

40 Margarete und Alexander Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 2001, S. 68.

sen wird, weckt er Neid auf die größere Schuldlosigkeit, beweist er überhaupt, dass es zu der angeblich unausweichlichen Wehrpflicht, zum Zwang der Diktatur eine Alternative gegeben hat. Sie wird sofort abgewertet: Emigration war Feigheit; Fahnenflucht ist unentschuldigbar.»⁴⁰ Vielleicht findet man hier die Erklärung dafür, warum solche Ausfälle wie im Mai 2007 im Bundestag noch heute Mehrheiten repräsentieren und jeder Fortschritt zur Würdigung derjenigen, die sich der »Diktatur der Menschenverachtung« (Mitscherlich) entgegenstellten oder einfach nicht mitmachen wollten, noch im Jahre 2007 so mühselig und steinig ist.

Es bleibt zu hoffen, dass die Studie von Wette und Vogel helfen wird, in Politik und Gesellschaft das ganz praktische Anliegen, die Rehabilitierung der »Kriegsverräter«, obgleich wohl keiner mehr lebt, durchzusetzen und damit politisch deutlich zu machen, dass man ihre Opfer für Menschlichkeit, gegen den Krieg und für eine friedliche Welt anerkennt und ihnen die Würde zurückgibt, die ihnen nach 1945 abermals – oft von den gleichen Tätern – bis heute verweigert wurde. Diese Debatte muss gekoppelt werden mit einer weiteren »kritischen Selbstreflexion« der Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik, die die Demokratie offenbar bis heute beschädigt hat.

Am 15. Mai 1997 verabschiedete der Bundestag einen Entschließungsantrag, in dem er richtigerweise feststellte: »Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.« Daher ist dem mittlerweile berühmten Ausspruch des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer mit Blick auf die Kriegsverräter nur zuzustimmen und er muss endlich politisch umgesetzt werden: »Unrecht kennt keinen Verrat.«